

DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Forschungsgruppe:
„Parteien im Spannungsfeld formaler
und informeller Politik“

Das Parteiensystem in der Türkei

Erhard Franz
(*Deutsches Orient-Institut*)

ARBEITSPAPIER

Juni 2003

AP (Juni 2003)

Das Parteiensystem in der Türkei

Erhard Franz

ISSN 1619-1161 (Online-Version: ISSN 1619-1188)

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Joachim Betz

Die Arbeitspapiere informieren über die Fortschritte in den einzelnen Forschungsgruppen des Deutschen Übersee-Instituts. Sie stellen also Werkstattberichte dar, die zur Diskussion und Kritik anregen wollen.

Jüngst erschienen:

- AP (2/2003) Die gesellschaftliche Anbindung der indischen Parteien
Joachim Betz
- AP (1/2003) Die gesellschaftliche Anbindung der marokkanischen Parteien
Dirk Axtmann
- AP (12/2002) Die Gemeinschaftsverbundenheit formaler und informeller Politik – Über die Implikationen von Rechtsgemeinschaft und politischer Vergemeinschaftung für die Entstehung von Parteienpluralismus in der außereuropäischen Welt
Paul Georg Geiss
- AP (7/2002) Tansania: Informelle und formelle gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien in Afrika
Gero Erdmann
- AP (4/2002) Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien in Südkorea
Patrick Köllner

Generell wird die Forschungsarbeit des Deutschen Übersee-Instituts, soweit sinnvoll und möglich, zu Forschungsschwerpunkten verdichtet. Dabei stehen Aktualität, regionale und überregionale Relevanz und Forschungsbreite grundsätzlich vor langfristigen und theoretisch abstrahierenden Spezial- und Generalanalysen.

Aktuell existieren folgende Forschungsgruppen:

1. Globalisierung, soziale Entwicklung und der Gesundheitssektor: nationale Politiken und „Global Governance“
2. Parteien im Spannungsfeld formaler und informeller Politik
3. Krisenprävention und peace-building
4. Neuer Regionalismus



Nähere Informationen über die Forschungsarbeit des Deutschen Übersee-Instituts erhalten Sie in unserem Online-Angebot.

Dort sind die Arbeitspapiere vollständig online gestellt und können kostenfrei als Printausgabe ebenso bestellt werden wie alle anderen entgeltlichen Publikationen des Forschungsverbundes.

Der Verbund Deutsches Übersee-Institut betreibt anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Dokumentation auf dem Gebiet der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und des Nahen und Mittleren Ostens sowie der Nord-Süd- und Süd-Süd-Beziehungen.

Das DÜI umfasst das Institut für Afrika-Kunde, Institut für Asienkunde, Institut für Iberoamerika-Kunde, Deutsches Orient-Institut, Institut für Allgemeine Überseeforschung sowie die Übersee-Dokumentation.

DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Neuer Jungfernstieg 21 · 20354 Hamburg
Telefon +49 (0)40 42825-593 · Fax +49 (0)40 42825-547 · Email: duei@duei.de

DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Forschungsgruppe:

„Parteien im Spannungsfeld formaler und informeller Politik“

Arbeitspapier

Das Parteiensystem in der Türkei

Erhard Franz (Deutsches Orient-Institut)

Juni 2003



1	Die Entwicklung des politischen Systems	1
1.1	Von der Staatspartei zum Parteienpluralismus	1
1.2	Die (Wieder-)Einbettung der Religion in das Staatswesen.....	2
1.3	Durch das Militär eingeschränkter Pluralismus	2
1.4	Schrittweise Rückkehr zur Parteienpluralismus nach 1983	3
1.5	Die gegenwärtige Parteienlandschaft	5
1.6	Der legale Operationsrahmen von Parteien	6
2	Der gesellschaftliche Rückhalt von Parteien	8
2.1	Subjektive Identifikation, Wahlbeteiligung und Wählerfluktuation.....	8
2.2	Partizipationsdichte und Anforderungen an Parteimitgliedschaft.....	11
2.3	Der Modus informeller Politik im Hinblick auf ethnische und religiöse Identität	13
3	Die gesellschaftliche Verankerung von Parteien	14
3.1	Ideologie und Programmatik.....	14
3.2	Protektionismus und Klientelismus	20
3.3	Kollateralorganisationen und Parteien	21
4	Funktionalität informeller Modi der gesellschaftlichen Verankerung von Parteien.....	27
5	Anhang.....	29
5.1	Literaturverzeichnis	29
5.2	Abkürzungen und Kurzmerkmale von erwähnten Parteien	30
5.3	Parlamentswahlen, Regierungen und Staatsoberhäupter der Republik Türkei.....	32
6	Nachtrag: Die Wahl vom 3. November 2002	34

1 Die Entwicklung des politischen Systems

1.1 Von der Staatspartei zum Parteienpluralismus

In der Anfangsphase der Republik hatte die *Republikanische Volkspartei* (CHP) als Staatspartei zusammen mit der Elite der Beamtenschaft und dem Militär den „Staat“ gebildet. Gemeinsamer Nenner war Mustafa Kemal Pascha, seit 1934 Kemal Atatürk, der 1931 mit den sechs Prinzipien des „Kemalismus“ eine neue Staatsideologie formuliert hatte. Nach dem Tode Atatürks 1938 setzte der „zweite Mann“, İsmet İnönü, als Präsident der Republik diese Trinität der Macht bis zur Einführung des Mehrparteiensystems fort. Sowohl Atatürk als auch İnönü waren gleichzeitig Parteivorsitzende und Staatspräsidenten mit weit reichenden Befugnissen. Nach dem zweiten Weltkrieg machten sich zunehmend Unmut über die „Parteidiktatur“ breit und İnönü sah sich 1945 genötigt, den Forderungen nach einer Mehrparteiendemokratie nach-

zugeben. Aber auch im Mehrparteiensystem blieben die engen Verflechtungen zwischen Partei und Staatsverwaltung bestehen, jedoch mit dem Unterschied, dass jetzt die jeweiligen Regierungsparteien Spitzenpositionen der Verwaltung mit ihren Anhängern besetzten; bei Koalitionsregierungen forderten die Regierungspartner ihren Anteil bei der Postenvergabe.

1.2 Die (Wieder-)Einbettung der Religion in das Staatswesen

Einige der kemalistischen Prinzipien haben sich im Laufe der Zeit gewandelt, z.B. das von Atatürk vertretene strenge Laizismusverständnis, die absolute Trennung von Staat und Islam. Aus dem Versuch, eine Brücke zwischen dem unter Atatürk (wieder)entdeckten Türkentum und seinen moralischen Tugenden und dem Islam zu schlagen, entwickelte sich die *Türkisch-Islamische-Synthese*, die die Militärherrscher 1980-1983 zur Staatsdoktrin erhoben. Die Synthese versucht, türkisch-nationale Werte mit islamischen Normen zu verbinden.¹ Bereits die Verfassung von 1961 hatte mit der Aufnahme einer *Obersten Religionsbehörde* (DİB) in die allgemeine Verwaltung den Versuch unternommen, den Islam in das allgemeine Staatsgefüge einzubetten und damit die Religion dem laizistischen Staatsverständnis unterzuordnen. Dieser Schritt beinhaltete einerseits die Möglichkeit für den Staat, den Islam für seine Zwecke zu instrumentalisieren. Durch die Verflechtung zwischen Parteien und Verwaltung entstanden mit der Religionsbehörde andererseits aber auch Voraussetzungen für islamistische Parteien, bei entsprechender Regierungsbeteiligung Einfluss auf den Staatsislam nehmen zu können.

1.3 Durch das Militär eingeschränkter Pluralismus

Das mit der Einführung des Mehrparteiensystems begonnene pluralistische Gesellschaftsverständnis fand keinen Eingang in das Offizierskorps. Die Offiziere verstanden das Militär als eine eigene soziale Klasse neben der Bauern- und der Arbeiterklasse und sich selbst als das Rückgrat der Militärklasse. Atatürk und İnönü, beides osmanische Generäle und Helden des Befreiungskrieges 1919-1922, hatten durch ihr hohes Ansehen in Militärkreisen und durch ihre überragenden Persönlichkeiten eine zivile Kontrolle über das Militär gewährleistet; der Bankfachmann Celal Bayar, der nach dem Wahlsieg der *Demokratischen Partei* (DP) 1950 Staatspräsident wurde, hatte keinen militärischen Background und genoss daher nicht das Ansehen unter den Offizieren, das es ihm ermöglicht hätte, eine Entpolitisierung der Offi-

¹ S. u.a. Erhard Franz: Wie demokratisch ist die Türkei? In: *Der Bürger im Staat* (Themenheft „Die Türkei vor den Toren Europas“), Stuttgart 50 (2000) 1, S. 27-36, hier S. 28.

zierskorps vorzunehmen. Die Offiziere verstanden sich nach wie vor als Avantgarde des Kemalismus. Sie fühlten sich als die von der Nation beauftragten Wächter im Hintergrund über den Staat in seiner von Atatürk festgelegten Form. Die Verfassung von 1982 räumte dem Militär in Artikel 118 über den „Nationalen Sicherheitsrat“ ein legales Mitspracherecht in der Politik ein.²

Das unmittelbare Eingreifen des Militärs in die Politik durch die Putsche 1960 und 1980 zusammen mit Parteiverboten und Politikereliminierungen unterbrach die Kontinuität der Parteientwicklung in der Türkei. Allerdings fand sich jedes Mal sehr schnell wieder der Kader aufgelöster Parteien zur Gründung neuer Partei mit anderem Namen unter den alten Ideologien zusammen, häufig auf bestimmte Führungspersönlichkeiten fixiert.

Die Verfassung von 1982, von einer durch die Militärmachthaber 1980-1983 handverlesene Versammlung ausgearbeitet, hatte im Übergangartikel 4 ein zehnjähriges politisches Betätigungsverbot für die Spitzenfunktionäre der ehemaligen Parteien verankert und durch entsprechende Verfassungspassagen versucht, den für den türkischen Parlamentarismus typischen Abgeordnetentransfer zwischen den Parteien zu verhindern. Darüber hinaus hatte sich die Militärführung bei den Partieneugründungen anlässlich der Wahl 1983 ein Vetorecht gegen die Liste der Parteigründer vorbehalten, um so die Entstehung von Nachfolgeparteien der von ihr zwangsaufgelösten alten Parteien unterbinden zu können. Auf diese Weise beeinträchtigt, konnten nur drei Parteien an der Wahl teilnehmen, von denen heute nur noch eine existiert: die von Turgut Özal gegründete *Mutterlandspartei* (ANAP), die sich als neue politische Heimat für die Anhänger der vormaligen konservativen, der nationalen und der islamistischen Partei angeboten hatte. Die beiden weiteren Parteien schlossen sich 1985 bzw. 1986 anderen Parteien an.

1.4 Schrittweise Rückkehr zum Parteienpluralismus nach 1983

Durch das Veto der Militärs gegen einzelne Gründungsmitglieder behindert, konnten drei weitere Parteien zwar nicht mehr an der Wahl 1983 teilnehmen, sich jedoch im nächsten Jahr an den allgemeinen Kommunalwahlen beteiligen:

- Die *Soziale Demokratie-Partei* (SODEP), 1985 nach ihrem Zusammenschluss mit der *Populistischen Partei* (HP) von 1982 in *Sozialdemokratische Volkspartei* (SHP) umbe-

² Vgl. Franz: Informelle Politik – Fallbeispiel Türkei. Nord-Süd aktuell, Hamburg 13 (1999) 2, S. 284-300.

nannt, als Nachfolgerin der alten CHP, jetzt mit Erdal İnönü, dem Sohn des langjährigen CHP-Vorsitzenden İsmet İnönü, an der Spitze;

- Die *Partei des Rechten Weges* (DYP), ein Sammelbecken für die Anhänger der alten *Gerechtigkeitspartei* (AP) von Süleyman Demirel;
- Die *Wohlfahrtspartei* (RP), die die Anhänger von Necmettin Erbakans vormaliger *Nationalen Heilspartei* (MSP) vereinte.

Im November 1985 gründete Frau Rahşan Ecevit, die Frau von Bülent Ecevit, dem letzten Vorsitzenden der CHP von 1972 bis zu seinem Rücktritt als Parteivorsitzender im Oktober 1980, nach längeren Vorbereitungen die *Partei der Demokratischen Linken* (DSP).

Durch Verschmelzungen und Neugründungen begannen sich langsam die alten Parteimuster wieder abzuzeichnen – und mit ihnen alte Rivalitäten.

In mehreren Schritten hob das Parlament zwischen 1987 und 1995 die einschränkenden Maßnahmen der Verfassung von 1982 auf:

1. 1987 erfolgte die Aufhebung des politischen Betätigungsverbots für Spitzenfunktionäre ehemaliger Parteien durch ein Referendum (gegen das sich Özal, zu der Zeit Ministerpräsident, vehement gestäubt hatte). Nach einer knappen Abstimmungsniederlage setzte Özal unverzüglich vorgezogene Parlamentswahlen an, um den neuen politischen Gegnern keine Zeit zu lassen, ihre Position in den entsprechenden Parteien auszubauen. Demirel war nämlich sofort zum neuen Vorsitzenden der DYP gewählt worden, Erbakan hatte der Vorsitz der RP übernommen, Ecevit den der DSP und Alparslan Türkeş den Vorsitz der 1983 durch seine Anhänger gegründeten *Partei der Nationalen Arbeit* (MÇP).
2. 1992 beschloss das Parlament, allen nicht durch das Verfassungsgericht verbotenen und zwangsaufgelösten Parteien die Möglichkeit einzuräumen, einen Antrag auf Wiedezulassung zu stellen. Alt-Mitglieder, die unterdessen anderen Parteien beigetreten waren, konnten anschließend innerhalb einer gewissen Frist über ihre Parteizugehörigkeit entscheiden. Bis zum Jahresende stellten neun Parteien einen Antrag auf Wiedezulassung. Unter ihnen beschloss die AP auf ihrer Eröffnungsversammlung, sich aufzulösen und geschlossen der DYP beizutreten. Auch die Partei der Nationalen Bewegung (MHP) löste sich auf und ihre Mitglieder traten der MÇP bei, die sich alsbald wieder MHP nannte. Die CHP hingegen, an deren Wiedereröffnungsversammlung ihr letzter Vorsitzender, Bülent Ecevit, nicht teilnahm, wählte den ständigen Herausforderer Ecevits in der CHP und später İnönüs in der SHP, Deniz Baykal, zum Vorsitzenden, der damit endlich Vorsitzender einer eigenen Partei war.

3. Verfassungsänderungen von 1995 senkte u.a. das Wahl- und Mitgliedsalter in Parteien von 21 auf 18 Jahre herab, erlaubte den Parteien Frauen-, Jugend- und Auslandsorganisationen und schloss Lehrpersonal sowie Studenten an Hochschulen nicht mehr länger von Parteiämtern aus. Vor allem aber beseitigte die Verfassungsänderung das Hindernis für den Parteientransfer von Abgeordneten, und sie hob die Klausel auf, der zufolge nach einem Parteiverbot (durch das Verfassungsgericht) automatisch die Parlamentsmitgliedschaft aller Parteimitglieder erlosch, die ihr zu dem Zeitpunkt, auf das sich das Verbot bezog, angehört hatten. Die Aufhebung des Transferhindernisses war ein Zugeständnis an die Praxis. Denn findige Parlamentarier, die die Partei wechseln wollten, hatten Wege zur Umgehung der Bestimmungen gefunden. Sie mussten dazu die Partei, über die sie ins Parlament gelangt waren, verlassen, eine neue Partei gründen, diese wieder auflösen und anschließend der Partei ihrer Wünsche beitreten. Durch diese Hintertür waren die DYP, die DSP und die RP bereits ins Parlament gelangt, bevor sie hinein gewählt wurden. Und obwohl es die Verfassung und das Parteiengesetz verbot, hatten von 1990-1994 (pro-) kurdische Parteien dem Parlament angehört.

Fünfzehn Jahre nach dem Putsch von 1980 hatte die Türkei wieder zu dem Parteiensystem zurückgefunden, das vor dem Putsch bestanden hatte. Eine „Normalisierung“ also, mit allen Möglichkeiten für clevere Politiker, die vorhandenen Instrumentarien für ihre Politik einzusetzen. Die Intention der Militärführung nach dem Putsch, der Innenpolitik eine Kontinuität und Stabilität nach ihren Vorstellungen zu geben, war am Widerstand der Parteien und ihrer Parlamentarier gescheitert. Der alte Spruch: „Nichts ist in der Türkei so stabil, wie die innenpolitische Instabilität“, hatte wieder volle Gültigkeit erlangt.

1.5 Die gegenwärtige Parteienlandschaft

Bei der Wahl 1999 hatten 21 Parteien und mehrere parteiunabhängige Kandidaten um Stimmen geworben; fünf Parteien schafften den Einzug ins Parlament: die ANAP, DSP, DYP, MHP und die *Tugendpartei* (FP), die die Nachfolge der 1998 verbotenen RP angetreten hatte. Die CHP scheiterte mit 8,7% an der Wahlhürde von 10%, und die pro-kurdische *Volksdemokratiepartei* (HADEP) erhielt landesweit nur 4,7%, obwohl sie in elf Ost- und Südostprovinzen z.T. weit über 50% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Von den unabhängigen Kandidaten setzten sich nur drei in ihren Wahlbezirken gegen die Kandidaten der Parteien durch und kamen ins Parlament.

Nach dem Verbot der FP durch das Verfassungsgericht im Juni 2001 spalteten sich ihre ehemaligen, nun parteilosen Abgeordneten in die *Glückspartei* (SP) und die *Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei* (AKP) auf. Zusammen mit der im Januar 2002 von Frau Pişkinsüt, einer ehemaligen Abgeordneten der DSP, neu gegründeten *Sozialdemokratischen Partei* (TDP) waren im Frühjahr 2002 sieben Parteien in der *Türkischen Nationalversammlung* vertreten: die DSP mit 128 Abgeordneten, die MHP mit 126, die ANAP mit 79, die DYP mit 86, die AKP mit 53, die SP mit 48 und die TDP mit drei; 14 Abgeordnete gehörten keiner Partei an, zehn Abgeordnete waren seit der Wahl verstorben und drei hatten mit dem Verbot der FP ihre Parlamentszugehörigkeit eingebüßt.³

1.6 Der legale Operationsrahmen von Parteien

Die in der Verfassung verankerte kemalistische Staatsdoktrin und die Bestimmungen über politische Parteien sowie das Parteiengesetz stecken die legalen Rahmenbedingungen für die Parteien ab. So definiert z.B. der Paragraph 3 des Parteiengesetzes im gleichen Sprachduktus und mit den gleichen Begriffen wie die Präambel zur Verfassung von 1982, politische Parteien als Organisationen, deren Ziel für die Nation es sei, im Rahmen eines demokratischen Staates und seiner Gesellschaft das zeitgenössische Niveau der Zivilisation zu erreichen und die in Loyalität zu den Prinzipien und Reformen Atatürks handeln. Nach Paragraph 81 des Gesetzes dürfen Parteien nicht die Positionen vertreten, dass es in der Türkei Unterschiede in der nationalen oder religiösen Kultur gäbe oder dass unterschiedliche Rassen oder Sprachen existierten. Auch darf keine Partei die Einheit der Nation zerstören oder einen entsprechenden Versuch dadurch unternehmen, dass sie innerhalb des Staatsgebietes der Republik Türkei Minderheiten schafft, indem sie andere Sprachen und Kulturen als die türkische schützt, entwickelt, fördert oder verbreitet.⁴ Und in Paragraph 80 der Verfassung von 1982 heißt es ausdrücklich, dass die Abgeordneten weder ihren Wahlbezirk noch ihre Wähler, sondern die gesamte Nation vertreten.⁵

In der Türkei galt zwischen 1945 und 1960 ein auf das gesamte Land bezogenes Mehrheits-system. Mit der Bevölkerungszunahme erhöhte sich Anzahl der Parlamentarier zwischen 1946 und 1957 von 465 auf 602 Abgeordnete. Die Verfassung von 1961 begrenzte das Parlament

³ Turkish Daily News, Ankara 18.04.2002. Bis zum September 2002 erhöhte sich durch Parteispaltungen und Parteiwechsel bzw. -beitritte von Abgeordneten die Anzahl der im Parlament vertretenen Parteien auf elf.

⁴ Die Verfassungsänderungen seit Oktober 2001 und der Stand ihrer Umsetzung in die Gesetze sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

⁵ Verfassung der Türkischen Republik. In: Orient, Opladen 24 (1983)2, S. 316-357; hier S. 331.

auf 450 Sitze und sie führte eine zweite Kammer, den Senat der Republik, ein. Er bestand aus 150 in allgemeiner Wahl gewählten sowie aus 15 vom Präsidenten der Republik berufenen Mitgliedern. Die Verfassung von 1980 hob das Zweikammernsystem wieder auf und reduzierte das Parlament auf insgesamt 450 Sitze, die mit den Verfassungsänderungen 1995 auf 550 Sitze erhöht wurden. Nach 1960 experimentierten die Gesetzgeber mit einer Vielzahl von Proportional-Systemen, darunter mit

- einer Verhältniswahl (nach d'Hondt) in Verbindung mit einem Mehrheitssystem und doppelter Sperrklausel. In Wahlbezirken, die sechs oder mehr Abgeordnete stellten, erhielt die Partei mit den meisten Stimmen auf Grund ihrer Mehrheit einen zusätzlichen Quotenkandidaten außerhalb ihrer für den Wahlkreis aufgestellten Kandidaten. Bei der doppelten Sperrklausel musste eine Partei sowohl auf das gesamte Land bezogen mindestens 10% der gültigen Stimmen und in einem Wahlbezirk je nach Anzahl der zu wählenden Abgeordneten im jeweiligen Wahlgesetz festgelegten Prozentsatz erhalten, um ins Parlament einzuziehen. Wenn sie an einer der beiden oder beiden Hürden scheiterte, teilten die gewählten Parteien die Mandate sowohl auf Wahlbezirks- als auch auf Landesebene im Verhältnis zu ihrem Stimmenanteil untereinander auf. Dieses System wurde bei den Wahlen 1987 und 1991 angewendet.⁶ Die durch das Mehrheitssystem vergebenen „Quotenmandate“ hatten in Verbindung mit der doppelten Sperrklausel 1987 zu einer Überrepräsentation der ANAP geführt, die mit 36,3% der gültigen Stimmen 65,0% der Mandate erhalten hatte. Bei der nächsten Wahl durch eine Beschränkung der Quotenmandate abgeschwächt, hatte es 1991 zu einer nicht ganz so starken Überrepräsentation der DYP geführt, die mit 27,0% der gültigen Stimmen 40,0% der Mandate für sich verbuchen konnte;
- einer Verhältniswahl mit einfacher Sperrklausel. Sie kam bei den Wahlen 1995-1999 in Anwendung und hatte erstmalig seit 1983 lediglich eine 10%-Sperrklausel auf Landesebene beinhaltet.

Bei den Wahlen dürfen nur Parteien Kandidaten aufstellen, die in mindestens der Hälfte aller Provinzen ihren organisatorischen Aufbau abgeschlossen haben und die nicht später als sechs Monate vor der Wahlausschreibung ihren allgemeinen Parteitag abgehalten haben. Diese Einschränkungen durch den Gesetzgeber sollen einmal den Einzug von regionalen Parteien ins Parlament und zum andern eine Wahlbeteiligung von Parteien verhindern, die sich intern noch nicht soweit konsolidiert haben, dass sie ein gewisses Maß an Stabilität garantieren.

⁶ Vgl. auch Turkish Daily News, Ankara 11.10.1991.

In der Türkei gibt es kein landesweit EDV-gestütztes Wählerverzeichnis (es gibt nicht einmal funktionierende Einwohnermeldeverzeichnisse oder genaue Stadtpläne). Wählerlisten, die auf den allgemeinen Volkszählungen basierten, waren bereits im Moment der Erstellung überholt, da sie die interne Massmigration von den Dörfern in die Städte und vom Osten in den Westen des Landes nicht berücksichtigen.

Jede Provinz stellt gemäß ihrer Einwohnerzahl eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten. Obwohl der aktuelle Stand der Einwohnerzahlen nicht genau bekannt ist, versucht der Gesetzgeber über die Anzahl der zu wählenden Abgeordneten den Zu- und Abnahmen ungefähr gerecht zu werden. So erhielt z.B. die Provinz Istanbul bei gleich bleibender Zahl von 550 Parlamentssitzen 1999 69 Abgeordnete, acht mehr als 1995.

Ein lang diskutiertes Problem ist das Wahlrecht für Auslandstürken. Es wurde grundsätzlich in die Verfassungsänderungen von 1995 aufgenommen, aber bisher nicht durch die Einführung einer Briefwahl in die Praxis umgesetzt. Türken mit mehr als einem halbjährlichen Aufenthalt im Ausland können ihre Stimme bisher nur bei der Ein- oder Ausreise in die Türkei in Wahllokalen an den Grenzübergängen oder internationalen Flughäfen abgeben. 1995 machten 4,4% der wahlberechtigten Auslandstürken von dieser Möglichkeit Gebrauch. Ihr Anteil an den Gesamtstimmen betrug 0,26%.

2 Der gesellschaftliche Rückhalt von Parteien

2.1 Subjektive Identifikation, Wahlbeteiligung und Wählerfluktuation

Eine wesentliche Rolle spielt in der Türkei die subjektive Identifikation von einzelnen Personen oder Gruppen mit einer Partei. In seiner Untersuchung über Determinanten des politischen Verhaltens in Istanbul stellte Özcan fest, dass die frühe (politische) Sozialisation einer Person in einer bestimmten Herkunftsregion die späteren politischen Präferenzen dieser Person prägt. Durch Verwandtschaftsbeziehungen und Heirat bleibt diese Prägung erhalten, unabhängig davon, wie lange der Zeitpunkt der Abwanderung aus der Herkunftsregion zurückliegt. Entsprechende Beobachtungen lassen sich auch aus den Untersuchungen von Schüler und Wedel herauslesen.⁷ Neben den durch Sozialisation erworbenen Präferenzen, verwandt-

⁷ Yusuf Ziya Özcan: Determinants of Political Behavior in Istanbul, Turkey. In: Party Politics, London 6 (2000) 4, S. 505-518; Harald Schüler: Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder. Hamburg 1998; Heidi Wedel: Lokale Politik und Geschlechterrollen. Stadtmigrantinnen in türkischen Metropolen. Hamburg 1999.

schaftlichen Beziehungen und Netzwerken ist das Charisma eines Parteiführers ausschlaggebender für eine subjektive Identifikation mit einer Partei als Parteipositionen, -programme, -ideologien, -ziele oder -kader.⁸

Wahlbeteiligung und Wahlergebnisse geben keine Aufschlüsse über Identifikationen. Seit 1983 besteht in der Türkei Wahlpflicht, die Wahlbeteiligungen von über 80% gewährleistet. Aber auch zwischen 1950 und 1977 hatte bei den Parlamentswahlen keine Wahlbeteiligung unter 64,3% (1969); gelegen – 1950 z.B. bei 86,6%, gefolgt von 81,0% im Jahr 1961.

Die Wählerfluktuation (Volatilität) hält sich in der Türkei in gewissem Rahmen. Besonders zwischen 1950 und 1990 herrschte ein bemerkenswert stabiles Verhältnis zwischen den Wählern von Rechts- und von Linksparteien.⁹ Die Aussage, dass eine Abnahme der Wählerfluktuation ein Indikator für eine sukzessive Stabilisierung des bestehenden Parteiensystems (und implizit damit der Demokratisierung) sei, ist im Falle der Türkei hinterfragbar.¹⁰ Die Periode 1950-1957 mit dem neu eingeführten Mehrparteiensystem wies im Vergleich zu den Perioden 1961-1977 und 1983-1999 die geringsten Wählerfluktuationen auf. Aber gerade in den 1950er Jahren bezichtigten sich die CHP und die DP nicht zu unrecht gegenseitig, undemokratische Methoden anzuwenden. Zwischen 1961 und 1977 konnte sich auf Grund der weitgehend demokratischen Verfassung von 1961 das Parteiensystem frei entfalten, eingeschränkt allerdings durch das Märzmemorandum des Militärs 1971. Die Folge war jedoch, dass die CHP und die als Nachfolgerin der DP neu entstandene AP Wählerstimmen an ständig wechselnde neue Parteien verloren. Dies hatte negative Auswirkungen auf die Stabilität der Regierungen, die sich zwischen 1973 und 1980 in schneller Folge ablösten. Die Demokratisierung des Parteiensystems erwies sich als Hindernis für eine innenpolitische Stabilisierung. Die Wahlergebnisse von 1983 bis 1999 weisen Fluktuationen auf, in denen sich Wählerproteste gegen regierende Parteien widerspiegeln. Dennoch verhielten sich die Wähler im Grunde genommen konservativ und an etablierten Parteien orientiert.

Beispiele für das weitgehend konservative Wahlverhalten sind die CHP und die Neue Demokratische Partei (YDP). Nach der Verschmelzung von SHP und CHP nahm der Vorsitzende, Deniz Baykal, Abstand von der starken Linksorientierung der alten CHP und gab der Partei ein neues Profil als „anatolische Linke“, einer westlich orientierten, weiter im Zentrum ange-

⁸ Özcan 2000, hier S. 507.

⁹ Özcan 2000, S. 515.

¹⁰ Vgl. Peter Bendel, Florian Grotz: Parteiensysteme und Demokratisierung. In: Nord-Süd aktuell, Hamburg (Themenheft „Junge Demokratien in Afrika, Asien und Lateinamerika im Vergleich“) 15 (2001) 1, S. 70-80, hier S. 77.

siedelten Partei. Mit dem Ruck zur Mitte verlor er jedoch viele Stammwähler der SHP/CHP an die DSP, ohne neue Wähler aus den Lagern der DYP und ANAP zu gewinnen.

1993 war die besonders von türkischen Intellektuellen getragene *Neue Demokratische Bewegung* entstanden, die zu der Wahl 1995 unter dem Vorsitz des Istanbuler Textiltycoons Cem Boyner als YDP antrat. Obwohl Boyner den Verdross der Wähler über die existierenden Parteien, den Parteifilz, die Wirtschaftsmisere sowie auch Minderheitenrechte für die Kurden ansprach, erhielt seine Partei gerade 0,3% aller abgegebenen Stimmen.¹¹ Die geringe Akzeptanz der YDP mit ihrem auf eine intellektuelle Zielgruppe ausgerichteten Programm war im Wesentlichen auf fehlende Netzwerke und Klientel zurückzuführen, ohne die die YDP kein ausreichendes Wählerpotential erreichte.

Tabelle 1: Wahlergebnisse 1950-1957, 1961-1977 und 1983-2002 (in Prozenten)

Partei	1950	1954	1957	Partei	1961	1965	1969	1973	1977
CHP	39,9	34,8	40,6	CHP	36,7	28,7	27,4	33,3	41,4
DP	53,3	56,6	47,3	AP	34,8	52,9	46,5	29,8	36,9
sonst. Part./Unabhängige	6,8	8,6	12,1	sonst. Part./Unabh.	28,5	18,4	26,1	36,9	21,7
Partei	1983		1987	1991	1995	1999	*2002		
ANAP	45,1		35,3	24,0	19,7	13,2	5,1		
DSP	--		8,3	10,0	14,6	22,1	1,2		
YTP	--		--	--	--	--	1,1		
DYP	--		18,6	27,0	19,2	12,1	9,5		
HP/SHP/CHP	30,5		24,1	21,0	10,7	8,7	19,6		
MP	23,3		--	--	--	--	--		
MHP	--		2,8	{16,4 (4,9)	8,2	18,1	8,4		
RP/FP/SP	--		6,9	(11,5)	21,4	15,2	2,5		
AKP	--		--	--	--	--	34,3		
HADEP/DEHAP	--		--	--	4,2	4,7	6,2		
sonst. Part./Unabhängige	1,1		4,0	1,6	2,0	5,9	**12,1		

* – Wahlbeteiligung 79,2%;

** – Unabhängige Kandidaten 1,0%; *Junge Partei (Genç Parti/GP)* des Geschäftsmannes Uzan 7,2%.

Quellen: [1950-1953]: TC Başbakanlık. Devlet İstatistik Enstitüsü (Hrsg): Türkiye İstatistik Yıllığı 1997. Ankara 1998; [1950-1983]: Ergun Özbudun: Political Parties and Elections. In: Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch Band 4. Türkei. Göttingen 1985, S. 738-743; [1999]: *Resmi Gazete* No. 23678 vom 27.04.1999; [2002]: Medienberichte.

¹¹ Vgl. auch Harald Schüler: Parlamentswahlen in der Türkei. In: *Orient*, Opladen 37 (1996) 2, S. 241-263; hier S. 253.

2.2 Partizipationsdichte und Anforderungen an Parteimitgliedschaft

Auffallend hoch ist in der Türkei die Partizipationsdichte. Den offiziellen Unterlagen zufolge war 1999 fast jeder dritte wahlberechtigte Bürger Mitglied in einer politischen Partei. Insgesamt gab es zwölf Mio. Parteimitglieder, was 31,5% aller Wahlberechtigten entsprach. Die Wahlergebnisse 1999 standen allerdings in keiner Korrelation zu den Mitgliedszahlen.

Tabelle 2: Parteien und Mitgliedszahlen (Stand: Frühjahr 1999)

Partei	Mio.	Partei	Mio.
ANAP	3,20	FP	ca. 2,00
CHP	1,80	MHP	0,39
DSP	0,20	Sonstige	0,71
DYP	3,70	insgesamt	12,00

* Von der FP lagen keine Mitgliedszahlen vor; die RP hatte jedoch um zwei Mio. Mitglieder angegeben.

In der Türkei kommen von der Massenpartei bis hin zur Führungspartei alle Parteitypen vor. Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Anforderungen an eine Parteimitgliedschaft. Das Beispiel einer Massenpartei unter einem charismatischen Führer war die RP unter ihrem Vorsitzenden Erbakan und deren Nachfolgerin, der FP. Obwohl Erbakan durch das Verbot der RP keine Funktionen innerhalb der FP ausfüllen durfte, liefen doch weiterhin alle Fäden bei ihm zusammen.

In der ANAP hatte 1991, in der CHP 1992 und in der DYP 1993 ein Generationswechsel an der Parteispitze stattgefunden und Mesut Yılmaz (Jahrgang 1947), Deniz Baykal (Jahrgang 1938) und Tansu Çiller (Jahrgang 1946)¹² waren Parteivorsitzende geworden. Herausragendes Merkmal dieser drei Parteien war bisher ein ausgeprägtes Patronage- und Klientensystem. Es existierten ausgedehnte, untereinander rivalisierende Netzwerke zu regionalen und/oder ethnischen Gruppierungen sowie, in Ostanatolien, auch zu Klanggruppen. Ein bekannteres Beispiel ist Serdat Bucak (DYP), ein kurdischer Klanführer aus der Provinz Urfa, der 2000 Dorfschützer als Privatmiliz unterhält.¹³ Mitgliedschaften in einer dieser drei Parteien aus opportunistischen Motiven, um für sich, für die Familie oder für das Dorf Vorteile zu erringen, sind nicht selten. In den noch von Klan- und Verwandtschaftsstrukturen geprägten Gebieten Ostanatoliens kommt es vor, dass innerhalb eines Klans bzw. einer Verwandtschaftsgruppe unterschiedliche Parteizugehörigkeiten vertreten sind, wodurch die Gruppe auch bei veränderten

¹² Unterschiedliche Altersangaben zu unterschiedlichen Anlässen.

politischen Machtverhältnissen einen Vertreter in der dominierenden Partei hat. Die Parteivorsitzenden benutzten die Flügel und Netzwerke, um ihre Positionen zu sichern. Namhafte Konkurrenten verließen die Parteien oder wurden ausgeschlossen. Am erfolgreichsten war dabei der Vorsitzende der CHP, Baykal, dem es auf dem Parteitag 2001 gelang, 67 seiner Anhänger in der aus 72 Mitgliedern bestehenden Parteiversammlung unterzubringen.¹⁴

Von einer Führungspartei unter dem 1997 verstorbenen Alparslan Türkeş zu einer Kaderpartei mit unbedingter Parteidisziplin hat sich unter seinem Nachfolger Devlet Bahçeli (Jahrgang 1948) die MHP entwickelt. Zwei Vorfälle warfen ein kennzeichnendes Licht auf die Anforderungen an die Parteimitglieder: Im Jahre 2000 versuchten Abgeordnete mit physischer Gewalt und vorgehaltenen Pistolen ihren Kollegen Sadi Somuncuoğlu am Betreten des Parlamentsgebäudes zu hindern, wo er entgegen den Parteidirektiven seine Nominierung als Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten einreichen wollte; 2001 setzte Bahçeli beim Staatspräsidenten die Entlassung des MHP-Ministers Abdulhaluk Çay durch, der als Minister gegen die Direktiven der Parteiführung gehandelt hatte.¹⁵

Eine reine Führungspartei im alten Stil war die „Zweieinhalb-Personen-Partei“ DSP, entworfen für Bülent Ecevit, seine Frau Rahşan und den stellvertretenden Vorsitzenden, den politischen Zögling Ecevits, Hüsametttin Özkan. Die innerparteilichen Fraktionen wurden voll von Ecevit kontrolliert, lokale Eliten oder Netzwerke auf landsmannschaftlicher oder religiöser Basis hatten keinen Spielraum innerhalb der DSP. In ihr wagte bis zum Sommer 2002 keiner, die Parteiführung zu kritisieren oder negative Bemerkungen über die Parteipolitik zu machen. Wer Kritik geübt hatte, war aus der Partei verstoßen worden. Ecevit, der sich stets als den Garanten der Demokratie im Lande anpries und dessen Partei das Wort „demokratisch“ im Namen führt, hielt Opposition zwar für normal in demokratischen Einrichtungen, in der eigenen Partei habe es jedoch nie eine verbreitete Opposition gegen die Parteiführung gegeben und die Partei sei entschlossen, auch kein Anwachsen der Opposition gegen die Parteiführung und einen Faktionalismus zuzulassen. Dieses Statement gab Ecevit in seiner Rede auf dem Parteitag der DSP Ende April 2001 ab.¹⁶ Anlass dazu war die Kandidatur von Frau Sema Pişkinsüt um den Parteivorsitz. Da sie erst 24 Stunden vor dem Parteitag ihre Gegenkandidatur offiziell bekannt gegeben hatte, räumten ihr die Veranstalter unter Berufung auf die fest-

¹³ Dorfschützer sind in der Türkei zur Abwehr von PKK-Guerillas von der Regierung bezahlte Dorfmitilizen.

¹⁴ Turkish Daily News, Ankara 03.07.2001.

¹⁵ S. hierzu auch Erhard Franz: Türkei. In: Thomas Koszinowski, Hanspeter Mattes [Hrsg.]: Nahost Jahrbuch 2000. Opladen 2001, S. 162-169, hier S. 162 sowie Nahost Jahrbuch 2001, Opladen 2002, S. 168-175, hier S. 170.

¹⁶ Vgl. Turkish Daily News, Ankara 30.04. und 01.05. 2001.

stehende Agenda keine Redezeit ein. Jüngere Teilnehmer ohrfeigten den Sohn von Frau Pişkinsüt.

Bei der Festsetzung der Mitgliedsbeiträge haben die Parteien freie Hand. Säumige Beitragszahler können nach dem Parteiengesetz von 1983 nicht aus der Partei ausgeschlossen, in ihrem aktiven und passiven Wahlrecht innerhalb der Parteiorganisation jedoch eingeschränkt werden. Hohe, von einer Partei angegebene Mitgliedszahlen müssen jedoch kein Indikator für die tatsächlichen Parteieinnahmen aus Mitgliedsbeiträgen sein – sie können auch zur Verschleierung anderer, illegaler Einnahmequellen dienen.¹⁷

2.3 Der Modus informeller Politik im Hinblick auf ethnische und religiöse Identität

Eine spezielle ethnische oder religiöse Identität kann zu kollektiver Mitgliedschaft in Parteien führen. Derartige Mitgliedschaften sind allerdings weniger ausgeprägt, als man es der (geschätzten) Zugehörigkeit von Bevölkerungsgruppen zu einer ethnischen oder religiösen Minderheit nach vermuten würde. Die größte ethnische Minderheit in der Türkei sind mit einem Anteil von etwa 20% an der Gesamtbevölkerung die Kurden. 1990 gründeten sieben aus der SHP ausgeschlossene sowie sechs aus Protest gegen den Ausschluss aus ihr ausgetretene Parlamentarier kurdischer Herkunft die *Volksarbeitspartei* (HEP). Da die HEP 1991 noch nicht die allgemeinen Voraussetzungen für eine Beteiligung an der Wahl erfüllte, bot die sozialdemokratische ehemalige Mutterpartei den Kandidaten der HEP Plätze auf ihrer Parteiliste an. Sie mussten dazu allerdings formal aus der HEP aus- und in die SHP eintreten. Von den 86 ins Parlament gewählten Abgeordneten der SHP waren zuvor 22 HEP-Mitglieder gewesen. Im Mai 1994 etablierte sich die *Volksdemokratiepartei* (HADEP), die nicht durch Abgeordnetenübertritte im Parlament vertreten war. Bei den Wahlen 1995 und 1999 scheiterte die HADEP mit 4,2% resp. 4,7% an der Wahlhürde von 10%. Ein Schließungsverfahren gegen sie ist beim Verfassungsgericht anhängig.

Versuchen, die religiöse Minderheit der Alewiten (*Alevi*) in der Türkei parteipolitisch zu organisieren, waren keine bleibende Erfolge beschieden. Schätzungsweise 20% der Bevölkerung in der Türkei gehören zur Glaubensgemeinschaft der Alewiten, zu der sowohl türkisch-, kurdisch- und zazasprachige als auch arabischsprachige Bevölkerungsgruppen gehören.

¹⁷ So hatte z.B. der Vorsitzende der RP, Erbakan, gute Verbindungen zu finanzstarken Islam-Organisationen in Saudi-Arabien. Da Parteifinanzierungen aus dem Ausland jedoch verboten sind, liegt hier die Vermutung nahe, dass eine Parteiunterstützung aus dem Ausland über fingierte Mitgliedsbeiträge verschleiert werden sollte.

Aufgrund ihrer „unorthodoxen“, synkretistischen Glaubensvorstellungen sind die Alewiten für fanatische sunnitische Muslime Abtrünnige vom wahren Islam und daher entsprechend verfolgungswürdig. Wie andere religiöse Minderheiten auch, sahen die Alewiten in der säkularen Staatsform der neuen Republik Türkei die Chance, vor Diskriminierungen und Verfolgungen durch sunnitische Muslime geschützt zu werden. Sie wurden loyale Verfechter der neuen Gesellschaftsordnung. Dadurch, dass etwa ein Viertel bis ein Drittel der Alewiten gleichzeitig Kurden sind, unter denen die verbotene PKK ihre Anhänger hat, ergeben sich Verquickungen zwischen dem Kurden- und dem Alewitenproblem in der Türkei.

1965 hatte die neu gegründete *Unionspartei* (BP) erstmals versucht, die alewitischen Wähler im Lande anzusprechen.¹⁸ Bei der Wahl 1969 konnte sie mit 2,68% der Wählerstimmen acht Parlamentssitze erringen; bei der Wahl 1973, zu der sie als TBP (*Unionspartei der Türkei*) antrat, erhielt sie mit 1,08% der Stimmen lediglich ein Abgeordnetenmandat für ihren Vorsitzenden Mustafa Timisi, und 1977 mit 0,38% keines mehr. Einen zweiten Versuch, eine Partei für türkische und kurdische Alewiten zu gründen, unternahm der alewitische Geschäftsmann Ali Haydar Velioglu 1995. Zur ersten Versammlung der *Demokratie- und Friedensbewegung* (DBH) ließ er im November 1995 auf seine Kosten mit hunderten von Bussen Teilnehmer aus der Türkei und mit 18 Charterflügen aus Deutschland heranschaffen. Nach der offiziellen Gründung im März 1996 von einem Schließungsverfahren bedroht, gründete Velioglu noch im gleichen Jahr die *Friedenspartei* (BP). Nach der Wahl 1999, bei denen die BP lediglich 0,18% der Stimmen erhielt, gab er die Selbstaflösung der Partei bekannt.

3 Die gesellschaftliche Verankerung von Parteien

3.1 Ideologie und Programmatik

Die von türkischen Parteien in Ideologien und Programmen artikulierten Interessen richten sich an den Hauptkonfliktlinien der Gesellschaft (*cleavages*) aus.¹⁹ Konfliktlinien bestehen in der Türkei vor allem zwischen Laizisten (Säkularisten) und den Islamisten, die den Staat in eine „islamische Republik“ umwandeln wollen, zwischen den Verfechtern einer freien Marktwirtschaft und denen des kemalistischen Etatismus sowie zwischen den Befürwortern

¹⁸ Das Parteiemblem stellte zwölf Sterne um einen Löwen dar, wobei die Sterne die zwölf Imame und der Löwe Ali (Schwiegersohn des Propheten Mohammed) symbolisierten.

¹⁹ Güneş-Ayata 1994, S. 60.

eines gesellschaftlichen Pluralismus einschließlich kultureller Minderheitenrechte (für die Kurden) und den Nationalisten, die an der Doktrin von der Türkei als Nationalstaat der Türken festhalten. Die Stellung der Parteien zu den drei Kernpunkten der kemalistischen Staatsdoktrin, zum Laizismus, Etatismus und zum Nationalismus, spiegelt im Großen und Ganzen die Polarisierung einer Gesellschaft wider, die einen Wandlungsprozess durchläuft.

Die Positionen der in den Jahren 1999-2002 in der Türkischen Nationalversammlung vertretenen Parteien zu den aufgeführten Konfliktlinien lassen sich an drei Fragen festmachen, die in der Legislaturperiode seit 1999 zu kontroversen Debatten führten:

- An der Kopftuchfrage, der Frage, ob und wo Frauen in staatlichen Einrichtungen (Ämtern, Behörden, Lehranstalten) ein „islamisches“ Kopftuch (ein spezifisch gebundenes Kopftuch) tragen dürfen, das ihre religiöse Überzeugung symbolisiert. Als die 1999 für die *Vertrauenspartei* in Istanbul gewählte Merve Kavakçı zur Eröffnungssitzung des Parlaments mit einem Kopftuch als Symbol des politischen Islam erschien, führte das zu einem Aufruhr unter einem Teil der Parlamentarier und der Staatspräsident weigerte sich, sie zu vereidigen. Später wurde ihr die türkische Staatsbürgerschaft aberkannt, weil sie bei ihrer Kandidatur ihre US-amerikanische Staatsbürgerschaft verschwiegen hatte, und die Staatsanwaltschaft eröffnete ein Verfahren gegen sie wegen „Aufhetzung zum religiösen Hass“ in Reden, die sie in den USA gehalten hatte.
- An der Privatisierungsfrage. Die vom IWF (*Internationalen Währungsfond*) zur Sanierung der türkischen Wirtschaft geforderte Privatisierung der staatlichen Unternehmen und Monopole führte im Jahre 2000 zu wiederholten Regierungskrisen und zum Rücktritt von Ministern.
- An der kurdischen Sprachfrage. Die Diskussion, Kurdisch als Sprache in Rundfunk- und Fernsehsendungen (sowie auch in öffentlichen Lehranstalten als Unterrichtssprache) zu erlauben, erhielt mit den EU-Beitrittsabsichten der Türkei eine neue Dimension und rief ebenfalls erhebliche Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition hervor.

Als Oppositionspartei hatte die DSP (*Partei der Demokratischen Linken*) den Laizismus, Etatismus und Nationalismus im Sinne der kemalistischen Doktrin vertreten. Auch als führende Partei in der Regierungskoalition seit 1999 behauptete sie anfänglich ihre Positionen. Unnachgiebig blieb sie in der Kopftuchfrage und forderte wiederholt ein Kopftuchverbot an den Universitäten. Ihre ablehnende Haltung zur Privatisierung gab sie erst nach der im Februar 2001 von ihrem Vorsitzenden, Ministerpräsident Ecevit, ausgelösten Wirtschaftskrise auf und stellte sich definitiv hinter die Forderungen des IWF. Auch in der Sprachfrage verließ der

überzeugte Nationalist Ecevit als Regierungschef seine völlig ablehnende Grundposition und war ab 2002 zu einem „limitierten“ und „kontrollierten“ Gebrauch von Kurdisch im Rundfunk und im Fernsehen bereit.

Die Positionen der MHP (*Partei der Nationalen Bewegung*), stimmten in Bezug auf Nationalismus und Etatismus weitgehend mit den Grundpositionen der DSP überein. Als Koalitionspartner in der Regierung seit 1999 sträubte sich die MHP gegen Privatisierungsvorhaben. Im Juli 2001 musste der von der MHP gestellt Kommunikationsminister zurücktreten, weil er sich der Privatisierung der türkischen Telekom widersetzt hatte. In der Sprachfrage vertrat die Partei unnachgiebig ihre Ablehnung gegen die Zulassung von Kurdisch im Rundfunk und im Fernsehen und legte gegen entsprechende Verfassungsänderungen, die das Parlament mit Unterstützung der Opposition beschlossen hatte, Verfassungsbeschwerde ein. In ihrem Laizismusverständnis betonte die Partei die islamische Komponente der Türkisch-Islamischen-Synthese. 1999 hatte sie im Wahlkampf versprochen, das Kopftuchverbot an Schulen und an öffentlichen Lehranstalten aufzuheben.

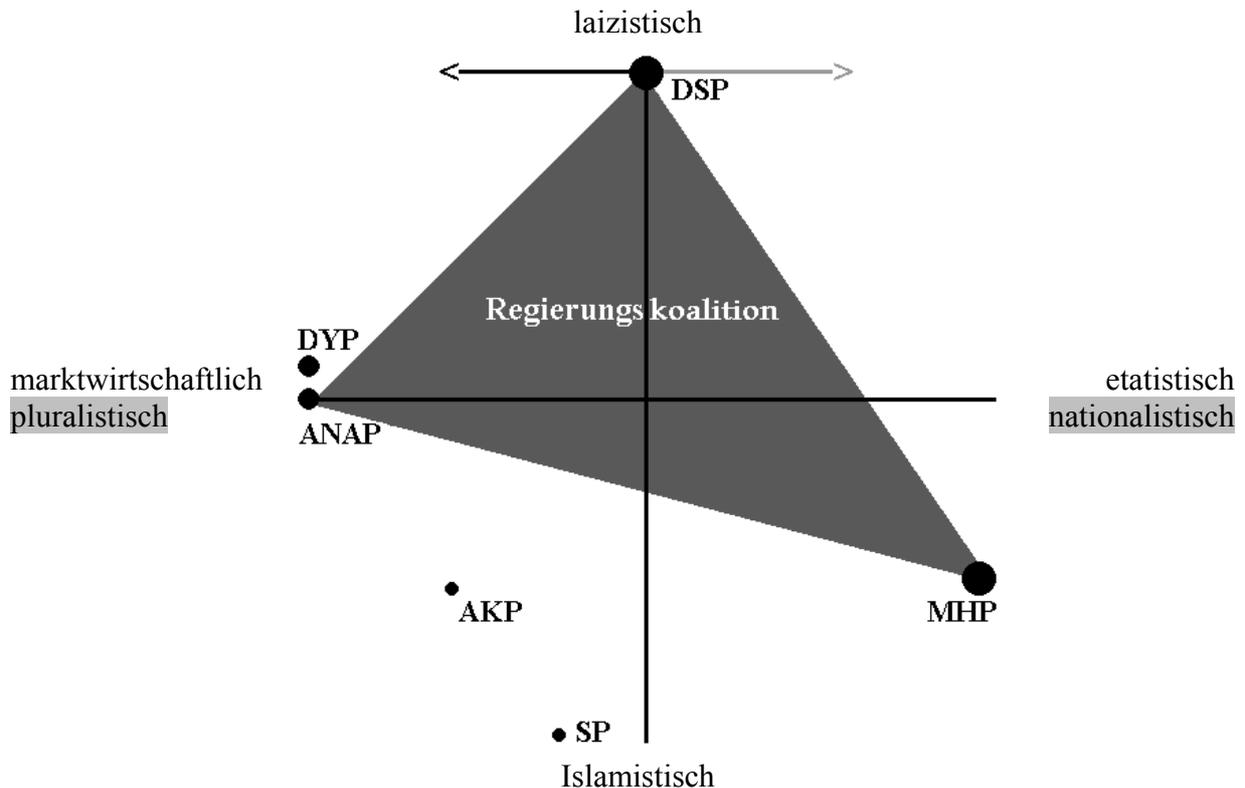
Die ANAP (*Mutterlandspartei*) setzte sich für eine freie Marktwirtschaft und in diesem Zusammenhang für die Privatisierung ein. Da sie primär an einem Beitritt der Türkei zur EU interessiert war, drängte sie auf die Erfüllung aller „Kopenhagener Kriterien“, u.a. auch bezüglich der Gewährung von Minderheitenrechten. In der Regierungskoalition nahm sie eine Vorreiterrolle für die Erlaubnis von Kurdisch als Rundfunk- und Fernsehsprache ein. Die Kopftuchfrage war für die ANAP eine Angelegenheit des „sozialen Friedens und der Menschenrechte“.²⁰ Im April 2002 startete die Fraktion den Versuch, mit einer Gesetzesinitiative Studentinnen an islamisch-theologischen Fakultäten und an den *İmam-Hatip*-Schulen das Tragen eines Kopftuchs zu erlauben. Die Initiative scheiterte letztlich an den Bedenken des Vorsitzenden Yılmaz, der als Voraussetzung eine Verfassungsänderung für nötig erachtete; der Status quo in der Kopftuchfrage, auf den sich DSP, MHP und ANAP in ihren Koalitionsvereinbarungen geeinigt hatten, blieb erhalten.

Die Positionen der DYP (*Partei des Rechten Weges*) unterschieden sich nur in Nuancen von denen der ANAP. Sie vertrat die freie Marktwirtschaft (also die Privatisierung) und den EU-Beitritt (also die Zulassung von Kurdisch als öffentliche Sprache). In der Kopftuchfrage war die DYP aus den gleichen Gründen wie die ANAP für eine partielle Lockerung des Verbots an öffentlichen religiösen Lehranstalten. Als Ministerpräsidentin und als stellvertretende Ministerpräsidentin in der Regierung Erbakan hatte Frau Çiller ihre hochgestylte Lockenpracht

²⁰ Turkish Daily News, Ankara 26.04.2002.

mit einem modischen Kopftuch bedeckt, wenn es ihr bei speziellen Anlässen politisch opportun erschien.

Darstellung 1: Stellung der Parteien 2001/2002 entlang der Konfliktlinien anhand von drei Kernfragen



Erläuterungen: Die Begriffe „laizistisch“, „nationalistisch“ und „etatistisch“ entsprechen jeweils einem der sechs von Kemal Atatürk aufgestellten Prinzipien der kemalistischen Staatsdoktrin. Das Verhältnis der Kreisgrößen zueinander gibt annähernd das Verhältnis der Abgeordnetenzahlen der Parteien in der Nationalversammlung im Frühjahr 2002 wieder. Die AKP (*Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei*) hatte sich in ihrem Programm völlig von den islamistischen Positionen der FP (*Tugendpartei*) entfernt. Sie unterstützte die freie Marktwirtschaft sowie den EU-Beitritt der Türkei und war daher nicht gegen Privatisierungen und Kurdisch in den audiovisuellen Medien eingestellt. In der Kopftuchfrage setzte sie sich jedoch für eine Erlaubnis des Kopftuchtragens an den *İmam-Hatip*-Schulen ein.²¹

Das Programm der SP (*Glückspartei*) enthielt keine Vorbehalte gegen einen EU-Beitritt der Türkei und den Beitrittsbedingungen (freie Marktwirtschaft, Minderheitenrechte). Lediglich in der Kopftuchfrage war sie, wie vorher die FP, gegen jegliches Verbot. Da die SP jedoch aus dem konservativen Flügel der FP hervorgegangen ist und ihr Vorsitzender zuvor Partei-

²¹ An der Gründungsversammlung der Partei hatten sechs Frauen mit islamischen Kopftuch teilgenommen (Cumhuriyet, Istanbul 30.09.2001).

vorsitzender der FP gewesen war, bleibt die Frage offen, inwieweit Programm und tatsächliche Parteiposition übereinstimmten.

Durch das breite Spektrum an Parteipositionen, die die Regierungskoalition abdeckte, existierte keine wirkliche Opposition im Parlament. Kontroverse Parlamentsdebatten trugen die Vertreter der Koalitionsparteien untereinander aus. Der Mangel an Konsens erschwerte bzw. verhinderte eine effektive Regierungsarbeit. Für die einen aus altruistischen Gründen, da die Nation wirtschaftlich und politisch unter einem Auseinanderbrechen der Koalition zu leiden hätte, für die anderen aus egoistischen Gründen, um so lange wie möglich an den Ressourcen des Staates partizipieren zu können, gelang es den an der Regierung beteiligten Parteien allerdings, ihre zahlreichen Koalitionskrisen zu überwinden. Der Opposition im Parlament fiel es schwer, eigene Positionen zu vertreten, entweder, weil sie wie im Falle der DYP, die gleichen Grundpositionen wie die ANAP als Koalitionspartner vertrat oder, wie im Falle der SP, weil sie sich unter dem Damoklesschwert eines Verbots hütete, ihre wahren Positionen preiszugeben. Interessant in diesem Zusammenhang war die Rolle von Staatspräsident Sezer (seit 2000), ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichts, der durch sein häufiges Veto gegen Gesetzesvorlagen des Parlaments die Funktion einer Quasi-Opposition übernommen hatte – sehr zum Ärger des Ministerpräsidenten, der sich für eine Einschränkung der Kompetenzen des Staatspräsidenten einsetzte.

Verfassung und Parteiengesetz bilden den Rahmen für Parteiprogramme, die zur Zulassung einer Partei dem Innenministerium vorgelegt werden müssen. Bei Parteien, die sich an religiösen oder ethnischen Konfliktlinien orientieren, enthalten die offiziellen Parteiprogramme keine Elemente, die eine Handhabe gegen die Zulassung geben könnten. Das von der RP vorgelegte Parteiprogramm enthielt keine der von Erbakan und anderen Parteifunktionären vertretenen islamistischen Anschauungen und bildete damit keinen Widerspruch zur Verfassung, ebenso wie das der HADEP keine „separatistischen“ Forderungen nach regionaler Autonomie beinhaltete. Bei einer Regierungsbeteiligung können, wie das Beispiel der DSP zeigt, zwischen programmatischer Parteiposition und Umsetzung bzw. Aufrechterhaltung ebenfalls erhebliche Abweichungen auftreten.

Ähnliches gilt für Wahlplattformen, die in der Regel eine Sammlung von plakativen Wahlslogans darstellen. Dadurch, dass sich Parteien mit völlig unterschiedlichen Programmen und Wahlversprechungen zu Regierungskoalitionen zusammenfinden, sind Programme und Plattformen grundsätzlich von geringer Aussagekraft. Die Koalition 1996/1997 zwischen der RP unter Erbakan und der DYP unter Frau Çiller sowie auch die Koalition seit 1999 zwischen

DSP, MHP und ANAP verdeutlichten, wie wenig verbindlich Programme sind, wenn es darum geht, an der Macht zu partizipieren. Die RP-DYP-Koalition verband zwei Parteien mit konträren Wirtschaftsprogrammen: das national-islamische Konzept Erbakans mit dem auf Liberalisierung und Angleichung an den Westen ausgerichteten Konzept von Frau Çiller.²² Die Koalition 1999 vereinte die links-nationale DSP mit der konservativ-liberalen ANAP und der rechts-nationalen MHP. Dahingegen scheiterte ein Koalitionsversuch zwischen ANAP und DYP im Frühjahr 1996 trotz der Ähnlichkeit der Parteiprogramme bereits nach wenigen Wochen an der grundsätzlichen Rivalität zwischen Herrn Yılmaz und Frau Çiller. Zustande gekommen war diese Koalition nur, weil die Militärführung unmissverständlich klar gemacht hatte, dass sie gegen eine Regierungsbildung durch den Wahlsieger Erbakan war.

Deutlicher als in Programmen und Plattformen artikulieren Parteivorsitzende und Spitzenfunktionäre ihre Positionen in Wahlreden, was einigen Parteien und Vorsitzenden gelegentlich schon zum Verhängnis geworden war. In der Wahlpropaganda vor der Wahl Ende Dezember 1995 hatte Erbakan eine Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme durch eine „gerechte (islamische) Ordnung“ versprochen, die in einem islamischen Staat verwirklicht werden sollte, in welchem islamische Gesetze herrschten und dessen Staatsführung sich von den Prinzipien des Islam leiten ließe. Auf wirtschaftlicher Ebene wollte er traditionelle islamische Werte mit westlicher Modernität verbinden und die Türkei quasi zu einem „muslimischen Japan“ entwickeln. An der Misere der Türkei sei eine Verschwörung des westlichen Imperialismus schuld, der die türkische Gesellschaft korrumpiere und zu einer abhängigen Konsumgesellschaft machen wolle, um so das Entstehen einer eigenständigen, nationalen türkischen Wirtschaft und Industrie zu verhindern. Als Ministerpräsident leistete er dann einen Eid auf die laizistische Verfassung der Republik, und er schraubte die antisäkulare und antiwestliche Rhetorik in seiner Partei deutlich zurück. In einer Schlüsselrede auf dem Parteitag im Oktober 1996 bekundete er, dass die RP den Laizismus, die Demokratie, die türkischen Streitkräfte und die Privatisierung unterstütze. Ja, er stellte die RP geradezu als Garant des Säkularismus in der Türkei dar. Für viele Beobachter stellte sich nach dieser Rede die Frage, ob Erbakan seine seit 25 Jahren betriebene Rhetorik lediglich als Mittel zum Zweck eingesetzt hatte, um Regierungschef zu werden, oder ob er nun, um auch an der Macht bleiben zu können, seine wahren Absichten verschleierte. Der Islam kennt den Begriff der *Takiye* (arabisch: *taqiya*), die den Dispens von den Forderungen der Religion unter Zwang oder bei Gefahr zulässt. In dem

²² Frau Çiller hatte während ihrer Amtszeit als Ministerpräsidentin 1993-1995 den Zollunionsvertrag mit der EU abgeschlossen, einen Vertrag, den Erbakan im Wahlkampf „in der Luft zu zerreißen“ versprochen hatte.

Prozess vor dem Verfassungsgericht zur Schließung der RP ging es dann über große Strecken auch um diese *Takiye*.

3.2 Protektionismus und Klientelismus

Seit den 1950er Jahren bedienen sich die türkischen Parteien des Patronage-Klientel-Systems, um Loyalitäten zu schaffen. Nach Heper und Keyman baute die DP ein Netzwerk dieses Systems aus, um sich gegen die Verwaltung durchsetzen zu können, die nach wie vor auf der Wahrung der kemalistischen Normen beharrte und sich gegen die Umsetzung ihr nicht genehmer politischer Entscheidungen sträubte. Der Coup von 1960 und die Verfassung von 1961 verankerten erneut den Staat in der Politik (u. a. durch den Nationalen Sicherheitsrat, das Verfassungsgericht, die staatliche Planungsorganisation, die staatliche Rundfunk- und Fernsehanstalt und den Staatsrat). Mit der Übernahme der Regierung durch die AP unter Demirel 1965 kehrte der Klientelismus in die türkische Politik zurück. 1987 entwickelte die Regierung Turgut Özal (ANAP) dieses System zur vollen Blüte und nachfolgende Regierungen setzten es fort.²³ Heper und Keyman führen als Indikator für den Protektionismus den Ausbau des Beamtentums und eine stetige Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst an. Nachdem Frau Çiller 1993 Ministerpräsidentin geworden war, besetzte sie, wie ihr vorgeworfen wurde weit hemmungsloser und umfangreicher als alle Vorgänger, Spitzenpositionen in der Verwaltung mit ihren Favoriten.²⁴ Die Verflechtung zwischen Parteien und Staatsapparat hatte Formen angenommen, die im Wahljahr 1995 zu einem Quasi-Stillstand der Verwaltung führten. Über 200 Beamte der obersten Verwaltungsspitze, darunter der Präsident der Zentralbank, der Chef des Schatzamtes, der Vorsitzende des Privatisierungsamtes, Unterstaatssekretäre und stellvertretenden Unterstaatssekretäre mehrerer Ministerien, Direktoren von Staatsbanken und staatlichen Wirtschaftsunternehmen sowie Provinzgouverneure quittierten ihren Dienst, um für eine Partei kandidieren zu können. Für sie war kein Risiko damit verbunden. Bei einer Wahlniederlage konnten sie anschließend wieder auf ihren alten oder einen adäquaten Posten im Staatsdienst zurückkehren. Kein subalternen Beamter wagte eine Entscheidung zu treffen, um seinem künftigen Vorgesetzten nicht vorzugreifen und eventuell dessen Unwillen zu erregen.²⁵

²³ Metin Heper, E. Fuat Keyman: Double-Faced State: Political Patronage and the Consolidation of Democracy in Turkey. In: Middle East Studies 34 (Oct. 1998) 4, S. 259-277, hier S. 261 ff.

²⁴ Vgl. Turkish Daily News, Ankara 04.10.1993.

²⁵ Vgl. Erhard Franz: Türkei. In: Thomas Koszinowski, Hanspeter Mattes [Hrsg.]: Nahost Jahrbuch 1993 und 1995, Hamburg 1994 und 1996, S. 156-163 und S. 157-165, hier S. 157 (1993) und S. 159 (1995).

Wenn Korruptionsskandale und Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bis hinunter auf Kommunalebene Begleiterscheinungen des Klientelismus sind – und vieles spricht in der Türkei dafür – dann ist der Klientelismus in der DYP und der ANAP am ausgeprägtesten, in einem gewissen Abstand gefolgt von MHP und ehemaliger FP, während er in der DSP am schwächsten verbreitet zu sein scheint (vgl. auch Parteistrukturen unter 1.5). Über die CHP (unter Baykal), die AKP, SP und die HADEP lassen sich keine diesbezüglichen Aussagen machen, da sie bisher keine Staatsressourcen zu verteilen hatten.

Eine Begleiterscheinung des Klientelismus ist sicher der verbreitete Parteiwechsel von Abgeordneten. Im August 1998 hatten seit der Wahl 1995 71 Abgeordnete, 13% aller Parlamentarier, mindestens einmal die Partei gewechselt, ein Rekordhalter sogar sieben Mal.²⁶ Im April 2002 waren seit der letzten Wahl 42 Abgeordnete aus ihrer Partei ausgetreten und 31 hatten sich einer anderen Partei angeschlossen (darunter zwei der drei ins Parlament gewählten unabhängigen Kandidaten).²⁷ Dieses Verhalten deutet auf eine schwach ausgeprägte Loyalität gegenüber der Partei hin; der Wechsel erfolgt zum Meistbietenden, zum eigenen Wohle und zum Wohle der Wahlklientel (vgl. Güneş-Ayata).

3.3 Kollateralorganisationen und Parteien

Die Gesetze schließen kollektive Mitgliedschaften von Kollateralorganisationen in Parteien aus. Dennoch gibt es Parteiverbindungen sowohl zu Interessenverbänden als auch zu ethnischen und religiösen Gruppierungen.

Die Verfassung von 1982 definierte in Artikel 52 die Funktionen von Interessenverbänden in der Türkei neu. Ein Interessenverband darf weder politische Ziele verfolgen, noch eine Partei unterstützen bzw. von ihr unterstützt werden, und er darf keine gemeinsamen politischen Aktivitäten mit einer Partei entfalten. Trotz dieses Verbots gibt es enge Verflechtungen zwischen einigen Gewerkschafts- und Unternehmerverbänden mit politischen Parteien.

Anfang März 2001 veröffentlichte das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit die neuesten Mitgliedszahlen in den Gewerkschaften.²⁸ Von insgesamt 4,537 Mio. registrierten Arbeitnehmern waren 2,581 Mio. in 59 Einzelgewerkschaften organisiert; 2,385 Mio. davon gehörten zu den 46 Gewerkschaften, die durch einen Anteil von 10% und mehr an einzelnen

²⁶ William Hale: Turkey's Domestic Political Landscape. In: The International Spectator, Rom (Special Issue „Turkey in the Spotlight“) 34 (1999) 1, S. 27-46, hier S. 38ff.

²⁷ Turkish Daily News, Ankara 18.04.2002.

²⁸ Turkish Daily News, Ankara 09.03.2001.

Wirtschaftszweigen an kollektiven Tarifverhandlungen dieser Zweige teilnehmen durften. Größere Gewerkschaftszusammenschlüsse sind:

- die Türk-İş (*Konföderation der Türkischen Arbeitergewerkschaften*), ein seit 1952 bestehender Dachverband für 33 Gewerkschaften mit zusammen 1,861 Mio. Mitgliedern. Sie hat keine eindeutigen Parteiaffinitäten;
- die DİSK (*Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften*) in Istanbul mit 0,366 Mio. Mitgliedern in 14 Mitgliedsgewerkschaften. 1967 hatten Gründungsmitglieder der 1961 entstandenen sozialistischen *Arbeiterpartei der Türkei* (TİP) die DISK ins Leben gerufen. Die DİSK war von Ende 1980 bis Ende 1991 verboten;
- die Hak-İş (islamisch orientierte Gewerkschaftskonföderation) in Ankara. Sie hat 0,367 Mio. Mitglieder in sechs Mitgliedsgewerkschaften. Gegründet 1976, verboten von Ende 1980 bis Anfang 1981, begann sie 1989, sich am Islam zu orientieren. Bei der Wahl 1995 kandidierte ihr damaliger Vorsitzender, Necati Çelik für die RP, wurde Abgeordneter und unter der Regierung Erbakan (RP) 1996/1997 Minister für Arbeit und Soziales. Ab 1998 war eine geschlossene Nähe dieses Gewerkschaftsverbandes zur RP/FP festzustellen;
- die MİSK (*Konföderation der Nationalistischen Arbeitergewerkschaften*). Sie entstand 1970, ihre Mitglieder rekrutierte sie aus den Jugendorganisationen der MHP. Von 1980-1984 geschlossen, drohte ihr 1987 ein Verfahren wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung (u. a. gefälschte Mitgliedslisten). Sie beschloss ihre Auflösung als MİSK und gründete sich als Yurt-İş neu. 1993 änderte sie ihren Namen in BİSK (*Konföderation der Vereinigten Arbeitergewerkschaften*); 1994 nannte sie sich wieder MİSK. Nach Bayar gehörten 1998 sieben Mitgliedsgewerkschaften zur MİSK, von denen lediglich zwei ihre Mitgliedszahlen mit zusammen 7.000 Personen angaben.²⁹

Unter den Arbeitgeberverbänden gilt die in den 1980er Jahren entstandene MÜSIAD (*Verband der Unabhängigen Industriellen und Geschäftsleute*) als der RP/FP nahe stehend.³⁰

Obwohl erst mit den Verfassungsänderungen 1995 offiziell erlaubt, hatten die MHP und die ehemalige MSP schon in den 1970er Jahren Jugend- und Auslandsorganisationen aufgebaut. Die MHP richtete als Treffpunkte für jugendliche Gesinnungsgenossen sogen. *Idealistenvereine* ein, in denen die Partei Mitglieder für ihre militante Organisation der *Grauen Wölfe* an-

²⁹ Oya Bayar: Gewerkschaften in der Türkei. Historische Entwicklungen, Organisationsstrukturen und rechtliche Rahmenbedingungen. (Friedrich-Ebert-Stiftung, Forschungsergebnisse) Istanbul 1999. Die Angabe, dass sieben Einzelgewerkschaften zum Verband der MİSK gehören, erhöht die Zahl der Einzelgewerkschaften insgesamt auf 60, was einen Widerspruch zur offiziell genannten Zahl von 59 bildet.

³⁰ Vgl. Ayşe Buğra: Islam in Economic Organizations. Istanbul 1999, S. 16ff.

warb.³¹ Nach 1983 distanzierte sich die Partei offiziell von ihren militanten Ablegern. In Deutschland hatten sich 1978 in Frankfurt/M. Vereine, die der MHP nahe standen, zur *Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa* (ADÜTDF) zusammengeschlossen, die, wie die *Idealistenvereine* in der Türkei, die politische Heimat der *Grauen Wölfe* waren. Die MSP reagierte 1977 auf die *Grauen Wölfe* der Nationalisten mit der Gründung der militanten Jugendorganisation der *Akıncılar* (*Vorhut*). Seit 1976 gibt es in Deutschland und benachbarten westeuropäischen Ländern Islam- und Moscheevereine als Auslandsorganisation der ehemaligen MSP und der späteren RP und FP. Sie sind seit 1985 unter der Bezeichnung *Milli Görüş* (*Nationale Sicht*) bekannt. Seit 1985 nennt sich ihr Dachverband mit Sitz in Köln *Islamische Gemeinschaft Milli Görüş e.V.* (IGMG). Generalsekretär der IGMG ist seit 1997 Mehmet Sabri Erbakan, ein Neffe von Necmettin Erbakan. Die IGMG unterhält ein weit verzweigtes Netz von zwar rechtlich unabhängigen, personell und über Verwandtschaftsbeziehungen jedoch eng verflochtenen Nebenorganisationen.³² Eine Aufgabe dieser Auslandsorganisationen war u.a. 1995 durch Spendenaktionen den Wahlkampf von Necmettin Erbakan zu finanzieren.

Eine Besonderheit der Türkei sind Allianzen zwischen Parteien und religiösen Kollateralorganisationen, den Sufi-Orden (*Tarikatlar*) und aus ihnen hervorgegangene Sufi-Gemeinden (*Cemaatlar*). Jeder Sufi-Orden ist in zahlreiche, regional weit verstreute Ordenszweige, die einzelnen Scheichs (Ehrwürdigen) unterstehen, unterteilt. Die einzelnen Zweige kennen keine übergeordnete Ordensstruktur oder eine für alle Zweige verbindliche religiöse Autorität. In einigen Fällen, wenn z.B. ein Scheich verstarb ohne je einen Nachfolger (Kalifen-Stellvertreter) ernannt zu haben oder aber, wenn ein Ordensschüler – ohne Kalif zu sein – eigene islamisch-theologische Ansichten entwickelte, gingen aus der Ordensbewegung ihr nahe stehende Ordens-Gemeinden hervor.

Nach dem Aufstand von Scheich Said von Palu 1925, der sowohl antilaizistische als auch kurdisch-nationale Züge getragen hatte, ließ Atatürk sämtliche religiösen Orden in der Türkei verbieten und ihre Ordenshäuser schließen.³³ Ein Teil der Scheichs verlegte ihr Wirken nach Syrien und in die Balkanländer, andere setzten in der Türkei ihre Tätigkeit im Geheimen fort. Eine Liberalisierung des *Vakıf*-Gesetzes (Gesetzes über religiöse Stiftungen) ermöglichte es 1967 Ordensoberhäuptern, ihre Ordenshäuser als kulturelle bzw. soziale Stiftungen neu zu

³¹ Ein grauer Wolf spielt in der mythischen Legende über die Rettung des Ahnstammes der Urtürken eine Rolle.

³² Zu ADÜTDF und zu IGMG s.a. Nils Feindt-Riggers, Udo Steinbach: *Islamische Organisationen in Deutschland*. Hamburg 1997, S. 25-26, resp. S. 21-24.

beleben. Mit dem Zustrom „ethnischer“ Türken aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Bulgarien, besonders seit Beginn der 1950er Jahre, gelangten weitere Ordensanhänger in die Türkei und es entstanden auch einige neue Ordenshäuser.

Heute sind in der Türkei Ordenszweige anzutreffen, die zu zum Orden der *Nakşibendiye*, der *Halvetiye*, der *Kadiriye*, der *Mevleviye* sowie zur *Bektaşiyeye* (mit alewitischen Glaubensvorstellungen) gehören. Aus der *Nakşibendiye* sind als Ordensgemeinden hervorgegangen die *Işıkçılar* und die *Süleymancı*. Ebenfalls als Ordensgemeinde einzustufen ist die *Nurculuk*-Bewegung, die auf Saidi Nursi (gest. 1960) aus Bitlis zurückgeht. Eine für die Türkei bedeutende Gruppe dieser Bewegung sind die *Fethullahı*, die Gruppe um Fethullah Gülen.

Über Stiftungen, für die die Anhänger als Gott gefälliges Werk reichlich spendeten, bauten Ordenszweige und -gemeinden Wirtschaftsunternehmen auf (den *Fethullahı* gehört ein ganzes Wirtschaftsimperium mit 203 Einzelunternehmen).³⁴ Mit den Einnahmen aus den Unternehmen finanzieren sie Zeitungs- und Buchverlage, einige sogar eigene Rundfunk- und Fernsehanstalten, über die sie ihre Ansichten verbreiten. Eine andere Zielgruppe ist die Jugend, für die die *Süleymancı* z.B. Korankurse und die *Fethullahı* Sommercamps anbieten. Auf Grund ihrer wirtschaftlichen Position ist die gesellschaftliche Bedeutung der Sufi-Orden und Sufi-Gemeinden wesentlich größer als es der Zahl ihrer tatsächlichen Mitglieder, die keine 5% der Bevölkerung ausmachen dürfte, entspricht.³⁵

Der Scheich eines Ordenszweiges der *Nakşibendî*, Mehmet Zahid Kotku, gilt als Vater des politischen Islam in der Türkei. 1969 veranlasste Kotku seinen Schüler Necmettin Erbakan, eine islamische Partei zu gründen, die das Verfassungsgericht im nächsten Jahr verbot. 1972 entstand die MSP, deren Vorsitz nach erfolgreicher Wahlbeteiligung 1973 wiederum Erbakan übernahm. Mit der MSP erhielt die Bewegung der Sufi-Orden und -Gemeinden neuen Auftrieb in der Türkei, und die Partei war bis zum Militärputsch 1980 ihr politisches Sammelbecken.³⁶

1983 gründete der *Nakşibendî*-Scheich Mahmut Ustaosmanoğlu, ein Vertrauter Erbakans, die RP, deren Führung Erbakan vier Jahre später (1987) wiederum übernehmen konnte. Die en-

³³ Gesetz Nr. 677 vom 30.11.1925.

³⁴ Frédérique Jeanne Besson: *Turquie: La Revanche des Naqchbandis*. In: *Les Cahiers de l'Orient*, Paris (2e trimestre 1998) 50, S. 35-51, hier S. 48/49.

³⁵ Besson 1998, S. 48, gibt die geschätzte Zahl der Mitglieder in der *Nakşibendiye* mit zwei Mio. an.

³⁶ Zur Verflechtung von Sufi-Orden und Politik siehe auch: Şerif Mardin: *The Nakşibendi-Order in Turkish History*. In: Richard Tapper [ed.]: *Islam in Modern Turkey*. London 1991, S. 121-142; Jacob Xavier: *Derwischorden in der heutigen Türkei*. In: *CIBEDO-Beiträge zum Gespräch zwischen Christen und Muslimen*, Frankfurt Main 4 (1990) 5-6, S. 129-157; Rainer Hermann: *Die drei Versionen des politischen Islam in der Türkei*. In: *Orient*, Opladen 37 (1996) 1, S. 35-57.

gen Verbindungen zwischen der RP und der Ordensbewegung blieben trotz einer durch die ANAP erwachsenen Konkurrenz bis zum Verbot der RP 1998 weitgehend bestehen. Hierbei hielt ein konservativer Flügel innerhalb der Partei an der islamisch-theologisch geprägten Ideologie fest und vollzog den Schritt zu einer Massenpartei mit unschärferen politischen Konturen unter dem Slogan der „gerechten Ordnung“ nicht nach.³⁷

Zum Schülerkreis um den 1980 verstorbenen Scheich Kotku gehörten auch die Brüder Turgut und Korkut Özal. Korkut Özal trat 1973 der MSP bei und war in den beiden kurzlebigen Koalitionsregierungen unter Beteiligung der MSP 1977 Minister. Ein Zerwürfnis zwischen Erbakan und Kotkus Schwiegersohn und Nachfolger, Scheich Coşan, führte dazu, dass dieser *Nakşibendî*-Zweig die von Turgut Özal 1983 neu gegründete ANAP unterstützte. Turgut Özal war bis November 1989 Ministerpräsident und anschließend bis zu seinem plötzlichen Tod im April 1993 Staatspräsident der Türkei. In der ANAP-Ära bis zum Regierungswechsel nach der Wahl 1991, bekleideten außer Verwandten von Turgut Özal eine Reihe von Ordensmitgliedern und -anhängern Ministerposten. 1988 hatte der Kotku-Zweig die Mehrheit im Zentralkomitee der ANAP gewonnen, und ein Jahr später erhielt der Vorsitzende des Komitees, Mehmet Keçeçiler, einen Ministerposten, den er bis zum Ende der ANAP-Regierung beibehielt. Auch in der kurzlebigen ANAP-DYP-Koalition 1996 gehörte Keçeçiler dem Kabinett an, und er hatte ein Comeback in der großen Koalitionsregierung von 1999. Weitere *Nakşibendî*-Minister in der Özal-Ära waren z.B. Vehbi Dinceler, Minister 1989-1991 und Kamran Inan, der Sohn eines *Nakşibendî*-Scheichs aus der Provinz Bitlis. Letzterer war bereits 1973 mit Unterstützung der Sufi-Klientel seiner Familie in Bitlis ins Parlament gewählt worden. 1983 in Bitlis wiederum ins Parlament gewählt, trat er 1987 der ANAP bei und bekleidete von 1988 bis November 1991 Ministerposten in der Regierung.

Bei der DYP bestehen engere Verbindungen zu der – gegenüber der *Nakşibendiye* zahlenmäßig wesentlich geringer vertretenen – *Kadiriye*. Nach 1983 hatten sich die *Kadiriye*-Scheichs von Erbakan ab und der neuen DYP unter Demirel zugewendet. 2001 gründete der *Kadiriye*-Scheich Haydar Baş aus Trabzon seine eigene *Unabhängige Türkeipartei* (BTP).

Der erst 1994 ans Licht der Öffentlichkeit getretene Fethullah Gülen von der *Cemaat* der *Nurculuk* hatte gute Beziehungen zu Süleyman Demirel und dessen DYP. Erst die Koalition Erbakan-Çiller 1996/1997 beendete die Verbindungen zwischen der DYP und den *Fethullahi*.

³⁷ Erbakan hatte bereits 1975 den Begriff von der „gerechten Ordnung“ (adil düzen) geprägt, den die RP 1985 offiziell in ihr Parteiprogramm übernommen hatte.

Die Sufi-Gemeinde die *Süleymancı* teilt ihre Sympathien zwischen ANAP, DYP und AKP auf,³⁸ während sich die *Işıkçılar* der jeweils dominierenden Partei zuwenden.

Darstellung 2: Sufi-Orden, Sufi-Gemeinden und politische Ableger

Naksibendiye							Kadiriye	
İskender Paşa	İsmail Ağa	Arvası-Scheichs aus Van (Kurden)		Ahmet Efendi				
Mehmet Zahit Kotku (1897-1980)	Mahmut Ustaosmanoğlu	Abdülhakim Arvası (1864-1943)			Saidi Nursi (1873-1960; Kurde)			
Mahmut Ersat Coşan (Schwiegersohn)	Schüler: (1) Necmettin Erbakan (geb. 1926) (2) Turgut Özal (1927-1993)		Schüler: Hüseyin Hilmi Işık (geb. 1911)	Schüler: Necip Fazıl Kızakürek (1905-1983)	(1) Süleyman Hilmi Tunahan (1888-1959)	Nurculuk (über 30 Gruppen)		Haydar Baş
			Işıkçılar	[Großer Islamischer Osten]	Süleymancı	Fetullah Gülen (geb. 1938)	Müslüm Gündüz	
				dessen Schüler: Salih Mirzabeyoğlu* (geb. um 1950)		(2) Kemal Kaçar (1917-2000, Schwiegersohn von 1) (3) Mehmet Beyazit Denizolgun (geb. 1954; Enkel von 1) (4) Arif Ahmet Denizolgun (geb. 1956; Enkel von 1)	Fetullahı	
56 Unternehmen	2 Unternehmen	3 Unternehmen		29 Unternehmen	203 Unternehmen		7 Unternehmen	
bis 1980 MSP; ANAP	(1): MNP – SP (2): ANAP	RP-FP-SP		militanter, staatsfeindlicher Islam	(3): AKP (4): RP, späte ANAP	DYP (Demirel)	verfassungsfeindlich	DYP (Çiller); 2001 eigene Partei (BTP)

Tarikat (Orden)
Cemaat (Gemeinde)

*Salih İzzet Erdiş

Bei der Wahl 1995 stimmten 61,6% der Mitglieder von Sufi-Orden in der Türkei für die RP, 13,9% für die ANAP, 9,0% für die DYP und 7,8% für die MHP.³⁹ Die Stimmabgabe von Sufi-Ordensmitgliedern für die nationalistische MHP einerseits und das Eintreten von Ordensscheichs und -mitgliedern aus dem Südosten für das Anliegen der Kurden andererseits, deutet an,

³⁸ An der Gründungsversammlung der AKP nahmen auch Süleymancı teil (Cumhuriyet, Istanbul 30.08.2001).

dass Teile der Orden der ethnischen Konfliktlinie größere Bedeutung als der religiösen beimessen.⁴⁰

4 Funktionalität informeller Modi der gesellschaftlichen Verankerung von Parteien

Die Günstlingswirtschaft ist keine neue Erfindung in der Türkei. Sie existierte bereits im Osmanischen Reich, ebenso wie der Klientelismus. Für Güneş-Ayata bedeutet Klientelismus für eine Person, dass sie alles erreichen kann – mit den richtigen Beziehungen.⁴¹ Sie beschreibt den Klientelismus in der traditionellen Gesellschaft als eine Pflege persönlicher Beziehungen, die einmal der gegenseitigen Reputation dient und zum andern durch ihre emotionalen Bindungen ein Gegengewicht zur unpersönlichen und undurchschaubaren Bürokratie darstellt. Die türkischen Parteien nutzten diese in der Gesellschaft verwurzelten Verhaltensmuster für ihre Zwecke. Wichtiger als der Ruf eines politische Mandatsträgers, ein guter Gesetzgeber zu sein, sind für seine Wähler Stellung und Verbindungen in der Partei, die es ihm ermöglichen, möglichst viele Ressourcen für seine Klientel zu erschließen. Stadträte gelten als Vermittler bei der Verteilung, nicht als Entscheidungsträger über die Mittelverteilung. Parlamentarier und Klienten bilden ein gegenseitiges Unterstützungssystem, eine Art Bruderschaft, in der ethnische religiöse und verwandtschaftliche Verbindungen die Bande noch verstärken. Wenn sich allerdings ein Makler nicht als effektiv genug für seine Klientel erweist, sucht sich diese einen neuen, für ihre Belange vorteilhafteren Makler. Die Loyalität einer Wählerschaft gegenüber einem Abgeordneten dient als Indikator für seine politische Effektivität. So betrachtet, stellt der Klientelismus in der Türkei ein komplementäres informelles Element zur formalen Ebene dar.

Für Güneş-Ayata ist der Klientelismus eine individuelle, aber keine individualistische Lösung.⁴² Die mit diesem System verbundene Bereitschaft, sich den günstigsten Makler für die Belange der eigenen Person oder die Ich-Gruppe zu suchen sowie der verbreitete Wechsel von Abgeordneten zur meistbietenden Partei hemmt dagegen die Institutionalisierung der Parteien.

³⁹ Besson S. 45-46 (nach: Mohammed Nouredine: *La Casquette et le Turban*. Beyrouth, 1997).

⁴⁰ Ein typisches Beispiel für ein Mitglied der „kurdischen“ Nakşibendiye ist Abdülmelik Fırat, der Enkel des 1925 hingerichteten Scheichs von Palu. Fırat verbrachte mehr Zeit im Gefängnis als im Parlament.

⁴¹ Ayşe Güneş-Ayata: *Roots and Trends of Clientelism in Turkey*. In: Luis Roninger, Ayşe Güneş-Ayata [ed.]: *Democracy, Clientelism, and Civil Society*. London 1994, S. 49-63, hier S. 59ff.

⁴² Güneş-Ayata 1994, S. 61.

In einem Zeitungsartikel beklagte der Kolumnist Kemal Balcı Ende Dezember 2001 den Trend aller Parteien, sich als moderate Parteien der Mitte zu gebärden und zu vermeiden, klar definierte, radikale Ansichten zu vertreten, die den gegenwärtigen Rahmenbedingungen in der Türkei Rechnung trügen.⁴³ Äußerlich betrachtet, kann dieses Verhalten durch drei Faktoren erklärt werden. Der eine Faktor ist die Kontrolle über die Verfassungskonformität einer Partei durch den Obersten Gerichtshof. Die von einem Verbotsverfahren bedrohte pro-kurdische HADEP gab sich als gesamtürkische Partei aus und strebte ein Wahlbündnis mit der CHP oder der ANAP an, und die ebenfalls bedrohte islamische AKP bemühte sich um das Image einer Partei, die sich voll zu den westeuropäischen Wertennormen bekennt. Hier kommt der zweite Faktor, die angestrebte EU-Mitgliedschaft ins Spiel. Bis auf die MHP sprachen sich alle Parteien, wenn auch mit Abstufungen, für eine Annäherung an soziale und politische Normen Westeuropas aus. Der dritte Faktor ist die Abhängigkeit des Landes vom IWF, der u.a. eine drastischer Reduzierung des Verwaltungspersonals fordert. Aus Staatsräson konnten die DSP und auch die CHP keine sozialistisch geprägten Wirtschaftsmodelle und die AKP und SP keine islamisch geprägten Modelle mehr vertreten.

In einem tiefer gehenden Erklärungsversuch kann man die Klage von Balcı als Niederschlag des Unmuts eines Landes mit erwachenden zivilgesellschaftlichen Interessen gegen die Bevormundung durch den „Vater Staat“ mit seiner engen Verflechtung zwischen politischen Parteien und dem Staatsapparat sehen.⁴⁴ Zum einen schränken Verfassung und Gesetze den Funktionsrahmen von Parteien ein, zum andern kontrolliert der Staat durch Finanzierungen und Ressourcenvergabe die Parteien und er übt Druck (Zuwendungskürzungen/Parteiverbote) auf nicht staatskonforme Parteien aus. Die Parteien ihrerseits erfüllen die ihnen zugewiesene Aufgaben. Sie kontrollieren die gesellschaftliche Willensbildung, sie binden Wählergruppen in das System ein und sie kanalisieren den Widerstand gegen das System. Sie schirmen die staatlichen Institutionen (einschließlich Parlament) gegen Veränderungen durch zivilgesellschaftliche Interessen ab. In der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation könnte die Interessengemeinschaft zwischen Staat und Parteien gerade die etablierten Parteien zur Zielscheibe des Wählerunmuts machen und sie das erste Opfer der Veränderungen werden lassen.

⁴³ Vgl. Kemal Balcı: When All Parties Claims to be at the Center. In: Turkish Probe, Ankara 23.12.2001, S. 1 und 5.

⁴⁴ Die „Adaption von politischen Parteien durch das (staats-)bürokratische System“ bei Peter Pawelka: Funktionen politischer Parteien in nicht-demokratischen Regimen des vorderen Orients. Beitrag zu wissenschaftlichen Tagung „Parteien in Entwicklungsländern“, 30.11./1.12.2000 in Hamburg (Manuskript).

5 Anhang

5.1 Literaturverzeichnis

- Bayar, Oya (1999): „Gewerkschaften in der Türkei. Historische Entwicklungen, Organisationsstrukturen und rechtliche Rahmenbedingungen“ (Friedrich-Ebert-Stiftung. Forschungsergebnisse), Istanbul
- Bendel, Peter und Florian Grotz, (2001): „Parteiensysteme und Demokratisierung“, in: *Nord-Süd aktuell*, XV (1), S. 70-80
- Besson, Frédérique Jeanne (1998): „Turquie: La Revanche des Naqchbandis“, in: *Les Cahiers de l'Orient*, 2e trimestre, 50, S. 35-51
- Buğra, Ayşe (1999): „Islam in Economic Organizations“, Istanbul 1999
- Feindt-Riggers, Nils und Udo Steinbach (1997): „Islamische Organisationen in Deutschland“, Hamburg
- Franz, Erhard (1994, 1996, 1997, 2001 und 2002): „Türkei“, in: Thomas Koszinowski/Hanspeter Mattes (Hrsg.): *Nahost-Jahrbuch*, Opladen
- Franz, Erhard (1999): „Informelle Politik – Fallbeispiel Türkei“, in: *Nord-Süd aktuell*, XIII (2), S. 284-300
- Franz, Erhard (2000): „Wie demokratisch ist die Türkei?“, in: *Der Bürger im Staat*, 50, 1, S. 27-36
- Güneş-Ayata, Ayşe (1994): „Roots and Trends of Clientelism in Turkey“, in: Luis Roninger und Ayşe Güneş-Ayata [ed.]: *Democracy, Clientelism, and Civil Society*. London 1994, S. 49-63
- Hale, William (1999): „Turkey's Domestic Political Landscape“, in: *The International Spectator*, 34, 1, S. 27-46
- Heper, Metin und Fuat Keyman (1998): „Double-Faced State: Political Patronage and the Consolidation of Democracy in Turkey“, in: *Middle East Studies*, 34, 4, S. 259-277
- Hermann, Rainer (1996): „Die drei Versionen des politischen Islam in der Türkei“, in: *Orient*, 37, 1, S. 35-57
- Mardin, Şerif (1991): „The Nakşibendi-Order in Turkish History“, in: Richard Tapper (ed.): *Islam in Modern Turkey*, London, S. 121-142
- Özbudun, Ergun (1985): „Political Parties and Elections“, in: Klaus-Detlev Grothusen (Hrsg.): *Südosteuropa-Handbuch Band 4. Türkei*, Göttingen, S. 738-743
- Özcan, Yusuf Ziya (2000): „Determinants of Political Behavior in Istanbul, Turkey“, in: *Party Politics*, 6, 4, S. 505-518
- Pawelka, Peter (2000): „Funktionen politischer Parteien in nicht-demokratischen Regimen des vorderen Orients. Beitrag zu wissenschaftlichen Tagung „Parteien in Entwicklungsländern“, 30.11./1.12.2000 in Hamburg“ (Manuskript)
- Schüler, Harald (1996): „Parlamentswahlen in der Türkei“, in: *Orient*, 37, 2, S. 241-263
- Schüler, Harald (1998): „Die türkischen Parteien und ihre Mitglieder“, Hamburg 1998
- TC Başbakanlık. Devlet İstatistik Enstitüsü (Hrsg.) (1998): „Türkiye İstatistik Yılığ 1997“, Ankara
- Wedel, Heidi (1999): „Lokale Politik und Geschlechterrollen. Stadtmigrantinnen in türkischen Metropolen“ Hamburg 1999
- Xavier, Jacob (1990): „Derwischorden in der heutigen Türkei“, in: *CIBEDO-Beiträge zum Gespräch zwischen Christen und Muslimen*, 4, 5-6, S. 129-157
- „Verfassung der Türkischen Republik“, in: *Orient*, 24 (1983) 2, S. 316-357

Zeitungen: Cumhuriyet, Istanbul; Turkish Daily News/Turkish Probe, Ankara; Resmi Gazete, Ankara

5.2 Abkürzungen und Kurzmerkmale von erwähnten Parteien

- AKP** *Adalet ve Kalkınma Partisi – Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei*
(im Sommer 2001 aus dem moderaten Flügel der FP hervorgegangene islamische Partei unter Vorsitz von Recep Tayyip Erdoğan)
- ANAP** *Anavatan Partisi – Mutterlandspartei*
(gegründet 1983 durch Turgut Özal; der Vorsitzende Mesut Yılmaz trat nach der Wahl 2002 zurück)
- AP** *Adalet Partisi – Gerechtigkeitspartei*
(gegründet 1961, 1964 bis 1980 unter dem Vorsitz von Süleyman Demirel; nach Wiedereinzulassung 1992 Angliederung an die DYP)
- BP/TBP** *Birlik Partisi – Unionspartei*
(1965 für eine alewitische Wählerschaft gegründet, zur Wahl 1973 Umbenennung in *Türkiye Birlik Partisi– Unionspartei der Türkei*, nach der Wahl 1977 nicht mehr im Parlament vertreten; ehemaliger Vorsitzender Mustafa Timisi)
- BP** *Bariş Partisi – Friedenspartei*
(1996 von Ali Haydar Velioğlu gegründete Partei, die Kurden und Alewiten gewinnen wollte; Selbstauflösung nach der Wahl 1999)
- BTP** *Bağımsız Türkiye Partisi – Unabhängige Türkeipartei*
(gegründet 2001 vom Kadiriye-Scheich Haydar Baş aus Trabzon)
- CHP** *Cumhuriyet Halk Partisi – Republikanische Volkspartei*
(1923 von Atatürk gegründete Staatspartei bis 1945; 1999-2002 nicht im Parlament vertreten, Vorsitzender Deniz Baykal)
- DBH** *Demokrasi ve Barış Partisi – Demokratie und Friedensbewegung*
(1996 von Ali Haydar Velioğlu ins Leben gerufen, im gleichen Jahr aufgelöst und als → BP neu gegründet)
- DEHAP** *Demokratik Halk Partisi – Demokratische Volkspartei*
(vor der Wahl 2002 zur Umgehung eines möglichen Parteiverbots von der → HADEP gebildetes Wahlbündnis, Vorsitzender Mehmet Abbasoğlu)
- DP** *Demokrat Parti – Demokratische Partei*
(gegründet 1946, Wahlerfolg 1950 unter Adnan Menderes, nach dem Militärputsch 1960 verboten, wieder zugelassen 1992, Vorsitzender Yalçın Koçak)
- DSP** *Demokratik Sol Parti – Partei der Demokratischen Linken*
(national-soziale Partei, gegründet 1985 von Rağsan Ecevit, Vorsitzender seit 1987 Bülent Ecevit)
- DYP** *Doğru Yol Partisi – Partei des Rechten Weges*
(1983 von ehemaligen Anhängern der AP um Demirel gegründet, Vorsitzender 1987-1993 Süleyman Demirel, danach Frau Tansu Çiller, neuer Vorsitzender seit Ende 2002 Mehmet Ağar)
- FP** *Fazilet Partisi – Tugendpartei*
(islamistische Partei, 1997 als Ersatzpartei der vom Verbot bedrohten → RP gegründet, Vorsitzender bis zum Verbot im Juni 2001 Recai Kutan)
- GP** *Genç Parti – Junge Partei*
(populistische Partei des Medienbarons Cem Uzan, der vor der Wahl 2002 die von Hasan Celal Güzel 1992 gegründete *Yeniden Doğuş Partisi – Wiedergeburtspartei/YDP* als Wahlvehikel übernommen und umbenannt hatte)
- HADEP** *Halkın Demokrasi Partisi – Volksdemokratiepartei*
(1994 gegründete, nicht im Parlament vertretene pro-kurdische Partei, Vorsitzender Murat Bozlak)

- HEP** *Halkın Emek Partisi – Volksarbeitspartei*
(1990 gegründete pro-kurdische Partei; 1993 verboten)
- HP** *Halkçı Partisi – Populistische Partei*
(1983 von Necdet Calp gegründet, 1985 Zusammenschluss mit der SODEP zur → SHP)
- MÇP** *Milliyetçi Çalışma Partisi – Partei der Nationalen Arbeit*
(gegründet 1983 von Anhängern des Nationalisten Alparslan Türkeş, der 1987 den Vorsitz übernahm, 1987 in → MHP umbenannt)
- MHP** *Milliyetçi Hareket Partisi – Partei der Nationalen Bewegung*
(unter anderem Namen 1948 gegründet, seit 1969 MHP, Vorsitzender 1965-1980 Alparslan Türkeş; nach Wiedezulassung 1992 Beitritt zur → MÇP unter Beibehaltung des Namens, Vorsitzender seit 1997 Devlet Bahçeli)
- MSP** *Milli Selamet Partisi – Nationale Heilspartei*
(1972 gegründete islamistische Partei, Vorsitzender 1973-1980 Necmettin Erbakan, nach Wiedezulassung 1992 Angliederung an die neue → RP von Erbakan)
- RP** *Refah Partisi – Wohlfahrtspartei*
(islamistische Partei, 1983 als Nachfolgepartei der → MSP gegründet, 1987-1997 unter dem Vorsitz von Necmettin Erbakan, 1998 verboten)
- SHP** *Sosyal Demokrat Halkçı Parti – Sozialdemokratische Volkspartei*
(1985 aus dem Zusammenschluss der → HP von 1982 mit der → SODEP entstanden, 1995 Angliederung an die → CHP)
- SODEP** *Sosyal Demokrasi Partisi – Soziale Demokratie-Partei*
(1983 unter dem Vorsitz von Erdal İnönü gegründet, 1985 in → SHP umbenannt)
- SP** *Saadet Partisi – Glückseligkeitspartei*
(Mitte 2001 aus dem konservativen Flügel der → FP hervorgegangene islamistische Partei unter Recai Kutan)
- TDP** *Toplumcu Demokratik Partisi – Sozialdemokratische Partei*
(von Frau Pişkinsüt 2002 als Abspaltung aus der → DSP gegründete Partei)
- TİP** *Türkiye İşçi Partisi – Arbeiterpartei der Türkei*
(1961 gegründete Partei der „Türkischen Linken“, 1971-1975 und nach 1980 verboten)
- YDP** *Yeni Demokrasi Partisi – Neue Demokratische Partei*
(1993 als *Yeni Demokrasi Hareketi – Neue Demokratische Bewegung* unter Cem Boyner entstanden, erfolglose Wahlbeteiligung 1995)

5.3 Parlamentswahlen, Regierungen und Staatsoberhäupter der Republik Türkei

Erste Republik (1923-1960)

Wahlen	Regierung	Amtsantritt	Staatsoberhaupt	
(Einparteiensystem)				
Juni 1923	İsmet İnönü (1)	30.10.1923	Kemal Atatürk (1)	29.10.1923
	"	06.03.1924		
	Fethi Okyar(1)	22.11.1924		
	İsmet İnönü	04.03.1925		
Nov. 1927	"	02.11.1927	"	1927
	"	27.09.1930		
Mai 1931	"	04.05.1931	"	1931
März 1935	"	01.05.1935	"	1935
	Celal Bayar	01.11.1937		
	"	11.11.1938	İsmet İnönü	11.11.1938
	Refik Saydam	25.01.1939		
April 1939	"	03.04.1939	"	03.04.1939
	Şükrü Saraçoğlu	09.07.1942		
März 1943	"	15.03.1943	"	08.03.1943
(Mehrparteiensystem)				
21.07.1946	Recep Peker	19.08.1946	"	05.08.1946
	Hasan Saka	10.09.1947		
	"	10.06.1948		
	Şemsettin Günaltay	16.01.1949		
14.05.1950	Adnan Menderes	22.05.1950	Celal Bayar	22.05.1950
	"	09.03.1951		
02.05.1954	"	17.05.1954	"	14.05.1954
	"	09.12.1955		
27.10.1957	"	25.11.1957	"	01.11.1957
Militärputsch 27.05.1960				
	Cemal Gürsel	30.05.1960	Cemal Gürsel (2)	30.05.1960
	"	05.01.1961		

- (1) Bis zur Einführung von Familiennamen 1934 İsmet Pascha/Mustafa Kemal Pascha/Ali Fethi Bey
 (2) Nichtgewähltes Staatsoberhaupt

**Zweite Republik
(1961-1980)**

Wahlen	Regierung	Amtsantritt	Staatsoberhaupt	
15.10.1961	İsmet İnönü	20.11.1961	Cemal Gürsel	26.10.1961
	"	25.06.1962		
	"	25.12.1963		
	Suat Hayri Ürgüplü	20.02.1965		
	Süleyman Demirel	27.10.1965		
			Cevdet Sunay	28.03.1966
12.10.1969	"	03.11.1969		
	"	06.03.1970		
	Nihat Erim	26.03.1971		
	"	11.12.1971		
	Ferit Melen	22.05.1972		
			Tekin Arıburun (3)	29.03.1973
			Fahri Korutürk	06.04.1973
	Naim Talu	15.04.1973		
14.10.1973	Bülent Ecevit	25.01.1974		
	Süleyman Demirel	31.03.1975		
05.06.1977	Bülent Ecevit	21.06.1977		
	Süleyman Demirel	21.07.1977		
	Bülent Ecevit	05.01.1978		
	Süleyman Demirel	12.11.1979		
			İhsan S. Çağlayangil (3)	07.04.1980
Militärputsch 12.09.1980				
	Bülent Ulusu	21.09.1980	Kenan Evren (2)	14.09.1980

- (2) Nichtgewähltes Staatsoberhaupt
(3) Als Staatsoberhaupt amtierender Senatspräsident

**Dritte Republik
(seit 1983)**

Wahlen	Regierung	Amtsantritt	Staatsoberhaupt	
			Kenan Evren	09.11.1982
06.11.1983	Turgut Özal	13.12.1983		
29.11.1987	"	21.12.1987		
	Yıldırım Akbulut	02.11.1989	Turgut Özal	02.11.1989
	Mesut Yılmaz	23.06.1991		
20.10.1991	Süleyman Demirel	20.11.1991		
	Erdal İnönü	16.05.1993	Süleyman Demirel	16.05.1993
	Tansu Çiller	05.06.1993		
	"	05.10.1995		
	"	31.10.1995		
24.12.1995	Mesut Yılmaz	07.03.1996		
	Necmettin Erbakan	28.06.1996		
	Mesut Yılmaz	30.06.1997		
	Bülent Ecevit	11.01.1999		
18.04.1999	"	29.05.1999		
			Ahmet Necdet Sezer	16.05.2000
03.11.2002	Abdullah Gül	28.11.2002		

6 Nachtrag: Die Wahl vom 3. November 2002

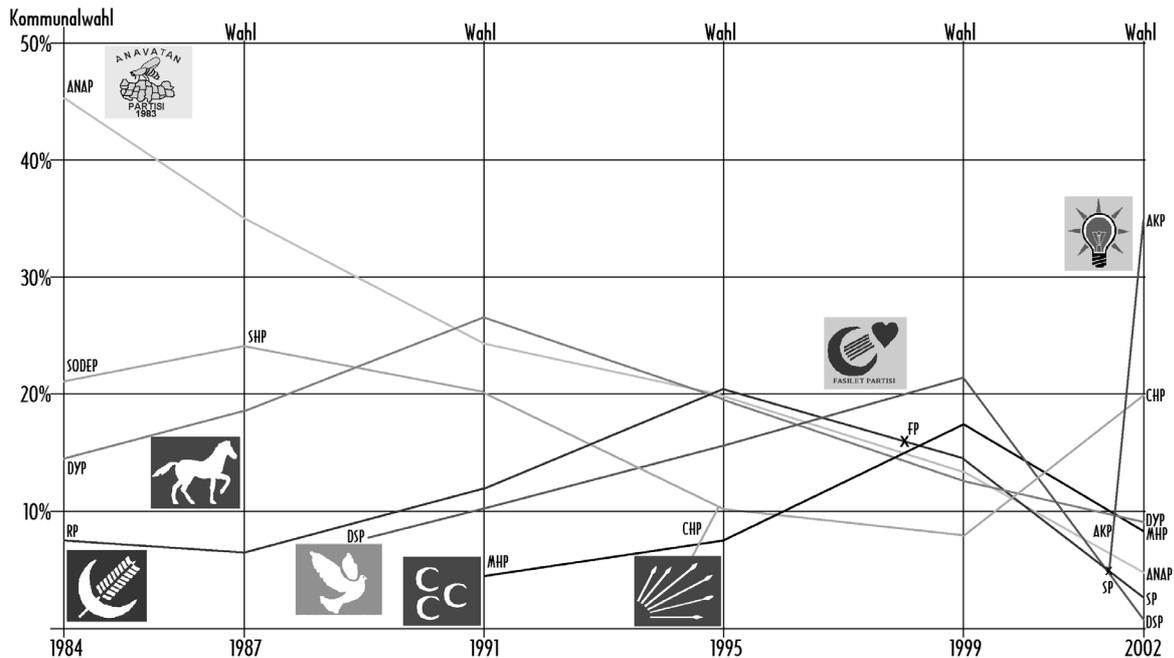
Am 3. November 2002 fand eine um siebzehn Monate vorgezogenen Parlamentsneuwahl statt. Von den insgesamt 49 zugelassenen Parteien erfüllten 23 die rechtlichen Voraussetzungen für eine Wahlbeteiligung, 18 stellten Kandidaten auf. Von den übrigen Parteien sind die meisten derart inaktiv, dass sie nicht einmal mehr ihre Selbstauflösung beschließen können. Die Wähler erteilten den etablierten Parlamentsparteien eine gründliche Abfuhr. Sie scheiterten insgesamt an der 10%-Wahlhürde. Die DYP (Frau Çiller) erhielt 9,54%, die MHP (Bahçeli) 8,36%, die ANAP (Yılmaz) 5,13%, die SP (Kutan) 2,49%, die DSP (Ecevit) 1,22% und die im August 2002 von ihr abgespaltene *Partei der Neuen Türkei* (YTP) unter dem ehemaligen Außenminister Cem erhielt 1,15%. Die HADEP (Bozlak), gegen die ein Verbotsverfahren beim Verfassungsgericht anhängig war, hatte sich mit anderen Splitterparteien zum Wahlbündnis der *Demokratischen Volkspartei* (DEHAP) zusammengeschlossen. Obwohl dieses Wahlbündnis in 13 Ost- und Südostprovinzen die meisten Stimmen von allen Parteien auf sich vereinen konnte, erreichte es lediglich 6,22% der Wählerstimmen insgesamt.

Lediglich zwei Parteien und acht parteiungebundene Kandidaten zogen in das neue Parlament ein. Nur 50 von 550 Abgeordneten waren bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode im Parlament vertreten gewesen. Mit 34,28% der Stimmen errang die AKP (Erdoğan) die absolute Mehrheit; die CHP (Baykal) brachte es auf 19,39% aller Stimmen. Da der *Oberste Wahlausschuss* (YSK), ein aus Mitgliedern der höheren Gerichtsbarkeit zusammengesetztes unabhängiges Verfassungsgremium, die Wahl in der Provinz Siirt annullierte, müssen drei Abgeordnete nachgewählt werden. Bis zur Nachwahl belegt die AKP 362 und die CHP 177 Sitze. Unter den unabhängigen Kandidaten befand sich u.a. der in Elaziğ gewählte Mehmet Açar. Als Frau Çiller ankündigte, dass sie sich nicht mehr um den Vorsitz der DYP bewerben werde, trat Açar (wieder) in die Partei ein und kandidierte erfolgreich um den Vorsitz. Später trat ein weiterer unabhängiger Abgeordneter der DYP bei, die damit Anfang 2003 mit zwei Sitzen im Parlament vertreten war.

Grundtenor der Kommentare nach der Wahl war die Feststellung, dass die Wähler den unfähigen, korrupten und auf eigene Vorteile bedachten Politikern sowie ihrem auf dem Klientelismus basierenden Parteiensystem eine Abfuhr erteilt hätten. „Citizen Osman“ habe seine politische Reife bewiesen und den politischen Kader des Landes kollektiv bestraft. Die DYP und die ANAP hätten die Botschaft der Wahl 1999 nicht ernst genommen und ihre Häuser nicht in Ordnung gebracht, DSP und MHP seien ebenfalls der Korruptionslobby beigetreten. Gewählt worden sei die CHP, weil sie in den letzten vier Jahren nicht im Parlament vertreten gewesen

war, und die AKP, weil sie sich zum ersten Mal zur Wahl gestellt habe. Allerdings seien 45% der 41,1 Mio. Wahlberechtigten nicht im Parlament vertreten, zum einen, weil sich trotz Wahlpflicht nur 79,2% von ihnen an der Wahl beteiligt hatten, zum andern, weil die hohe Wahlhürde ihre Vertretung ausgeschlossen hatte.⁴⁵

Darstellung 3: Prozentualer Stimmanteil von Parteien bei Wahlen 1984-2002



In einigen Kommentaren hieß es auch, dass sich die Wähler gegen eine gewisse „politische Klasse“, eine gewisse „politische Mentalität“ und eine gewisse „politische Szene“ aufgelehnt hätten. Gemeint waren damit die als „wahre Besitzer“ des Landes bezeichneten Elitegruppen innerhalb des Militärs, der Bürokratie, der Geschäftswelt und der Medien – die Generäle und ihre „unbewaffneten Streitkräfte“.

War die Wahl vom November 2002 tatsächlich eine Absage an das auf dem Klientelismus basierende Parteiensystem bzw. eine Absage der erwachenden Zivilgesellschaft an die Bevormundung durch den „Vater Staat“? Stimmt die zur Funktionalität informeller Modi der gesellschaftlichen Verankerung von Parteien gemachte Aussage, dass in der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation die Interessengemeinschaft zwischen Staat und Parteien gerade die etablierten Parteien zur Zielscheibe des Wählerunmuts machen

⁴⁵ Vgl. hierzu u.a. Turkish Daily News, Ankara 05.-07.11.2002.

und sie das erste Opfer der Veränderungen werden lassen könnte? Auf den ersten Blick hat es den Anschein. Aber die politische Reife des „Citizen Osman“, von der Ilnur Çevik in seinem Leitartikel in der Turkish Daily News spricht,⁴⁶ bezieht sich allenfalls auf den Westen des Landes. Im Osten und Südosten der Türkei waren nach wie vor die Stimmen der großen Klane und Stämme ausschlaggebend für die Wahl eines Abgeordneten. Sie stellten entweder eigene Kandidaten auf oder sie unterstützten gewisse Kandidaten, von denen sie sich ein Einsetzen für Klan-/Stammesinteressen versprachen.⁴⁷ Wenig Reife bewiesen die Wähler in Siirt. Hier hatte der unabhängige Kandidat Mehmet Fadil Akgündüz mit unhaltbaren Versprechungen für die Stadt die meisten Stimmen errungen, ohne während des Wahlkampfes persönlich in der Türkei präsent zu sein. Er befand sich auf der Flucht vor Strafverfolgung wegen Wirtschaftsvergehen im Ausland und ließ seinen Wahlkampf von Rechtsanwälten managen. In die Türkei kam er erst zurück, als das neue Parlament vereidigt worden war und er politische Immunität besaß. Nach Annullierung der Wahl in Siirt verhafteten ihn die Justizorgane, machten ihm den Prozess und verurteilten ihn zu drei Jahren Gefängnis.

Im neuen Kabinett der AKP unter Ministerpräsident Abdullah Gül sind drei Minister vertreten, die vor ihrem Beitritt zur AKP Abgeordnete der ANAP gewesen waren, ein Minister hatte vorher der DYP und ein anderer der MHP angehört. Hatten sie in der AKP wirklich eine neue politische Heimat gefunden oder hatten sie aus anderen Motiven die Partei gewechselt?

Vom neuen Finanzminister, Kemal Unakitan, einem Schulfreund des AKP-Vorsitzenden Erdoğan, ist bekannt, dass er ein Schüler des Sufi-Scheichs Kotku in Istanbul war. Allem Anschein nach hat Erdoğan auch noch weitere Verbindungen zu Sufi-Kreisen in Istanbul.⁴⁸ Das Patronage-Klientel-System hat offenbar auch bei der Wahl 2002 eine gewichtige Rolle gespielt. In allen Kommentaren zum Wahlausgang klang an, dass die Massen in den letzten zwei Jahren in exzessive wirtschaftliche Bedrängnis geraten waren und darauf reagiert hätten. Als die Regierungs- und Parlamentsparteien wegen der verknappten Ressourcen die Erwartungen ihrer Klientel nicht mehr erfüllen konnten, kündigten Letztere ihnen die Loyalität auf und wandten sich anderen Hoffnungsträgern zu. Das Wahlergebnis ist weder ein Ausdruck einer allgemeinen Rückbesinnung auf den Islam noch ein Zeichen für eine erwachende Zivilgesellschaft. Es ist

⁴⁶ Turkish Daily News, Ankara 05.11.2002, S. 3.

⁴⁷ Von Klänen/Stämmen aufgestellte und gewählte Kandidaten waren u.a.: Şevket Gürsoy (CHP) von den alewitischen Hıdışor in Adıyaman, Edip Safter Gaydalı (unabhängig) vom İnani-Sufi-Orden in Bitlis, Zülfikar İzol (AKP) von den İzol in Urfa und Mehmet Kartal (CHP) von dene Buniki in Van. Vgl. Ferzende Kaya: Where will tribal votes haed for?“ In: Turkish Daily News, Ankara 23.09.2002, S. 7 u. S. 5.

⁴⁸ S. Erhard Franz: Recep Tayyip Erdoğan. Gründungsvorsitzender der moderaten islamischen AK-Partei. In: Orient, Opladen 43 (2002) 2 S. 172-178; ders.: Herbstfieber: Die Türkei vor den Wahlen. In: Orient-Journal online, (www.doihh.de) 3 (Herbst 2002) 2 S. 24-25.

vielmehr ein Indikator für den Fortbestand von Verhaltensmustern des klientelistisch orientierten Systems bei einem Teil der Wähler, eines Systems allerdings, das sich im Zustand der Auflösung befindet.

[Manuskriptabschluss 15. Februar 2003]